
Die Wertewelt des Wirtschaftsdenkens. Politische Ökonomie und Wirtschaftswissenschaft

2

2.1 Klassiker

2.1.1 Staat, Sicherheit und Eigentum

Politik und Ökonomie galten in der fernen und noch in der jüngeren Vergangenheit als Facetten eines regelbestimmten Ganzen. Für *Aristoteles* (384–322 v. Chr.) war der Bürger der antiken Polis Teil einer exklusiven Gemeinschaft. Mit anderen gleichen Standes berät und entscheidet er in Angelegenheiten von gemeinsamem Belang. Alles, was nicht die Gemeinschaft betrifft, gehört zum Bereich des Oikos: des Hauses. Das Haus steht für den Haushalt. Es umfasst Broterwerb, Frau, Kinder und Sklaven. Hier ist der Hausherr niemandem verantwortlich. Kein anderer, auch die Gemeinschaft nicht, hat ihm hineinzureden. Zwischen den Häusern entsteht ein Wirtschaftsraum, in dem, auch mit Geld, Waren getauscht und gehandelt werden. Rechte und Pflichten hat der Hausherr lediglich als Teil des Bürgerkollektivs (Aristoteles 1998). Machen wir es kurz: Der viel und gern zitierte Aristoteles hat zur Moderne die Begriffe der Politik und der Ökonomie beigezeichnet, nicht mehr.

Thomas Hobbes (1588–1679), der erste große Staatstheoretiker der Neuzeit, dachte vom Individuum her, dem zentralen Ansatzpunkt der klassischen wie der modernen Ökonomie. Er begründet den Staatsnutzen mit dem Bedürfnis jedes Einzelnen. So stellt er sich vor, dass die Menschen ursprünglich ungebunden und frei existiert haben. Die natürliche und schrankenlose Freiheit des Naturzustands wird zur Plage. Sie ist auch die Freiheit des Stärkeren und Listigen, vor dem keiner seines Lebens sicher ist. Um seiner Sicherheit willen überträgt jeder Einzelne die originäre Freiheit in einem Herrschaftsvertrag auf den Souverän, modern ausgedrückt: auf den Staat. Der Staat kostet Freiheit, aber er schafft Sicherheit. Er macht Gesetze, spricht Verbote aus und ahndet Verstöße. Versagt der Staat bei dieser

Aufgabe, fällt die Gesellschaft in den gesetzlosen Kriegszustand der Natur zurück. Mit der vom Staat eingerichteten Rechtsordnung entsteht nicht nur der Staat. Im selben Akt konstituiert sich auch die Gesellschaft. Wird der Staat, der selbst keine Vertragspartei, sondern ausschließlich Begünstigter ist, seiner Aufgabe gerecht, werden die gesellschaftlichen Beziehungen kalkulierbar. Und haben sie dieses Stadium erst einmal erreicht, kann sich die Regierungstätigkeit darauf beschränken, Verstöße zu ahnden und, falls erforderlich, weitere Gesetze zu geben (Hobbes 2000, 1994).

Viel wird in Hobbes hineingedeutet, insbesondere in die Formulierung, dass der Mensch frei bleibt, wo die Gesetze schweigen. Manche wollen darin erstmals grünes Licht für die individuelle Wirtschaftsfreiheit erkennen. Die zahlreichen Deutungsvarianten sind hier ohne Belang. Gewiss ist allemal eines: Hobbes' Staat steht über dem Bürger. In dieser Eigenschaft ist er aber im Interesse jedes Herrschaftsunterworfenen unterwegs. Er produziert Berechenbarkeit – das Gegenteil einer Despotie, die per definitionem den Launen des Herrschers gehorcht und in einem Klima der Angst und Unsicherheit gedeiht. Damit treffen wir auf einen Grundgedanken, der allem Denken über wirtschaftliche Zusammenhänge zugrunde liegt: Rechtssicherheit. Wie es Hirschman formuliert, transformiert der Staat eine von unkontrollierten *Leidenschaften* beherrschte Anarchie in eine Ordnung berechenbarer *Interessen* (Hirschman 1987, S. 30–63).

John Locke (1632–1704) kommt der Verknüpfung von Politik und Wirtschaft ein großes Stück näher. Bei ihm steht nicht mehr der Einzelne an sich im Mittelpunkt des Naturzustands, sondern vielmehr der Eigentümer. Die vielen Einzelnen, die noch keinen Staat brauchen, können sich immerhin schon darauf verständigen, wem was gehört. In den Vorstellungen der Epoche war Eigentum so gut wie gleichbedeutend mit Land. Indem jemand freies Land bearbeitet, das Stück Natur also mit seiner Arbeit veredelt, erwirbt er einen Eigentumsanspruch: Landnahme schafft Eigentum!

Grundstücke und Felder lassen sich unschwer mit Zäunen und Grenzsteinen markieren. Dieses Eigentum wird gleichwohl zum Problem, weil sich der Eigentümer selbst darum kümmern muss, dass sein Eigentum respektiert wird: er ist ein Selbstverteidiger! Das geht eine Zeit lang gut. Der Böswilligen, Raublustigen und Raffgierigen sind aber zu viele. Eigentum wechselt zunehmend unter Begleitumständen wie Raub, Mord und Totschlag den Besitzer. Es kommt hinzu, dass die Tüchtigen und die von der Natur Begünstigten üppige Ernten einfahren und den Neid der weniger Erfolgreichen wecken. Selbst der wirtschaftliche Erfolg führt in ein Dilemma. Was nützt die üppige Ernte, wenn die Früchte des Feldes begrenzt lagerfähig sind? Kühltechnik hätte Abhilfe schaffen können. Sie ließ aber noch einige Menschenalter auf sich warten.

Dann der rettende Gedankenblitz eines Gescheiten: Warum nicht die Überschüsse, die nach dem gesättigten Appetit der Mehrgenerationenfamilie übrig bleiben, in Edelmetalle wie Gold und Silber eintauschen? Damit bekommt das Geld seinen Auftritt im politischen Denken. Dass Geld nicht stinkt, wusste bereits der römische Kaiser Vespasian. Und vermutlich wusste er auch schon wie Locke von den Vorteilen des Geldes: Es verdirbt nicht, braucht wenig Lagerplatz und lässt sich einigermaßen sicher verwahren. Was immer die materielle Grundlage des Geldes ist, ob Metall, Muscheln oder Papier. Es kommt allein darauf an, dass es von allen als Zahlungsmittel anerkannt wird. Mit Geld lassen sich Wünsche erfüllen und Dinge kaufen, die andere produziert haben; man kann es verleihen, damit andere ihre Wünsche erfüllen können, und man streicht bei der Rückzahlung einen Aufschlag ein.

Staat, Eigentum und Geldwirtschaft entstehen bei Locke aus derselben Quelle: dem Interesse des Eigentümers an dem durch Dieberei, Betrug und Gewalt ungeprüften Genuss seiner Besitztümer. Das Geld eröffnet neue Möglichkeiten, den Reichtum zu mehren. Gleichzeitig weitet es die Kluft zwischen Arm und Reich. Aber die Armen lassen sich etwas einfallen: Vom Reichtum der Anderen nehmen sie, was sie kriegen können. Der Selbstschutz des Eigentümers gelangt an seine Grenzen. Eine andere Lösung muss her. Wie bei Hobbes lautet sie auf den Staat. Die Reichen schließen einen Vertrag. Sie gründen eine Regierungsgewalt. Diese wird mit geeigneten Mitteln und Personal ausgestattet, um Regeln aufzustellen und durchzusetzen, die dem wirksamen Schutz von Leben *und* Eigentum dienen (Locke 2000).

Hier entsteht aber kein Hobbesscher Leviathan, dem die Untertanen bedingungslosen Gehorsam schulden, solange der Herrscher den Vertragszweck respektiert. Das letzte Wort über die Gesetze haben die Eigentümer selbst. Der von ihnen eingesetzte Herrscher braucht für jedes Gesetz, das er vorschlägt, die Zustimmung der Nutznießer. Zu diesem Zweck wählen die Eigentümer ihre Vertreter in eine Gesetzgebende Versammlung; heute würde man von einem Parlament sprechen. Diese berät über die Vorschläge des Herrschers, stimmt zu, lehnt ab oder verlangt Änderungen. Das Gleiche gilt für die Kosten des Staates. Verwaltungen und Gerichte wollen finanziert sein. Die Vermögenden finanzieren die Staatsveranstaltung mit Steuern und Gebühren. Die Vertreter im Parlament bestimmen, welche Steuern erhoben und für welche Zwecke sie verwendet und in welchem Umfang Staatsausgaben getätigt werden dürfen.

Bei *Jean-Jacques Rousseau* (1712–1778) leben die Menschen ursprünglich ebenfalls im Naturzustand, und darin sind sie so frei wie alle Lebewesen, sind aber auch schutzlos den Naturgewalten ausgeliefert. Aus dieser Erfahrung heraus gelangen sie zu der Erkenntnis, dass sie besser dran wären, wenn sie

zusammenarbeiteten. Gemeinsam können sie schaffen, was die Kraft des Einzelnen übersteigt. Diese zunächst harmonische Vergesellschaftung wird gestört, sobald Menschen auf die Idee kommen, ein Stück Boden zu umzäunen und es als Eigentum zu reklamieren. Aus diesem Sündenfall entsteht die Zivilisation. Es kommt zum Streit über Eigentumsrechte, und eine übergeordnete Autorität tritt auf den Plan. Sie stellt Regeln auf, schlichtet in letzter Instanz Streit und ahndet Regelverstöße. So kommt es zu einer Hierarchie von Eigentümern und Nicht-Eigentümern, Herrschenden und Beherrschten.

Leicht erkennbar wandelt Rousseau hier in den Spuren der oben skizzierten englischen Klassiker. Doch mit dem Auftreten des Staates ist die Sache für ihn noch nicht abgeschlossen. Die Menschen sind unglücklich und unzufrieden und deshalb allzu gern bereit, sich in eine neue Ordnung zu fügen, die den Übeln ihrer Existenz ein Ende bereitet. Aus nicht näher erläuterten Gründen tritt dann ein Verfassungsgeber auf den Plan. Er schlägt einen Verfassungsrahmen vor, in dem die Menschen ein besseres Leben führen können. Alle, die dem Vorschlag folgen, gründen eine politische Gemeinschaft bzw. einen Staat. Künftig werden die Regeln, nach denen sie leben wollen, von allen gemeinsam beschlossen. Diese Willensäußerungen gelten als verbindliche Anweisungen für ein Verhalten, das im Dienste des Gemeinwohls steht.

Einige Regeln sind als Eckpunkte für das Funktionieren dieses Staates vorgegeben. Das Eigentum hat darin seinen legitimen Platz. Aber es wird von vornherein eng umgrenzt, um es als Quelle von Neid und Streit zu neutralisieren. Jeder ist frei, aber nur im Rahmen der gemeinsam beschlossenen Gesetze. Spielen sich ungestrafte Verstöße gegen diese Grundregeln ein, löst sich dieser Staat auf und die Menschen fallen in den Gesellschaftszustand zurück (Rousseau 2001, 1986).

Hobbes setzt die Staatsaufgabe der Sicherheit, Locke erweitert sie um den Schutz des Eigentums, und Rousseau stellt das Eigentum unter den Gemeinwohlvorbehalt. Das politische Denken kreist bis heute darum, ob der Idee Lockes oder derjenigen Rousseaus der Vorrang gebührt.

2.1.2 Der Niedergang des Politischen im klassischen Wirtschaftsdenken

Adam Smith (1723–1790) hat den Ruf des Vaters der Wirtschaftswissenschaft. Das Funktionieren des Staates in der von Locke thematisierten Funktion ist für ihn selbstverständlich. Schon sein philosophischer Zeitgenosse *Immanuel Kant* (1724–1804) mit seinem Kategorischen Imperativ, dass die Freiheit des Einen ihre Grenzen in der Freiheit des Anderen findet, räumt mürrisch ein, wenn sich

die Menschen partout nicht vernünftig verhalten wollten, müssten sie eben einen Staat ertragen, der ihnen die Vernunft eines aufgeklärten Herrschers aufzwingt (Kant 2009). Das Ego in Smiths Wirtschaftswelt will es sich gut gehen lassen. Ihm stehen dabei Genussgüter materieller Natur vor Augen, also solche, die durch Arbeit oder Kauf erworben werden.

Smiths berühmt gewordenes Stecknadelbeispiel illustriert die Bedeutung von Erfindergeist und Wettbewerb. Darin wird gezeigt, dass sich beim gleichen Aufwand von Arbeit und Zeit durch Arbeitsteilung eine deutliche Steigerung der Produktion erzielen lässt. Werden die Arbeitsschritte, die ein einzelner Arbeiter für die Herstellung einer Stecknadel benötigt, in 18 separate Arbeitsschritte zerlegt, lassen sich mehr Stecknadeln herstellen und verkaufen. Der Arbeitgeber erzielt einen größeren Gewinn.

Läuft das Geschäft durch Arbeitsteilung besser, kann der Produzent zusätzliche Arbeiter beschäftigen. Ob die Arbeiter auch besseren Lohn erhalten, bleibt offen. Was das Ego des Stecknadelkönigs dazu motiviert, mit neuen Herstellungsverfahren mehr zu verdienen, so ein weiteres Beispiel, ist in der Sache nichts anderes als die Mühe des Bäckers, wohlschmeckende Brötchen zu backen, und die Idee des Fleischers, seine Kunden mit appetitlicher Wurst zu locken. Der Kunde belohnt Bäcker und Fleischer, indem er Brot und Wurst dort und nicht bei anderen Vertretern dieser Zünfte kauft. Seine Kaufentscheidung trifft die Absichten des Anbieters, mit dem Erlös sein Vermögen zu mehren. Umgekehrt steigert die gute Wurst den Genuss des Kunden. Beide Seiten verfolgen ihr Eigeninteresse und stiften im Spiel von Angebot und Nachfrage Genusserlebnisse für andere (Smith 1990, S. 9–17). Das Ergebnis ist ein Wohlfahrtsplus für das Ganze. Hier waltet die berühmte unsichtbare Hand des Marktes.

Smith knüpft hier an den Franzosen *Bernard Mandeville* (1670–1733) an. Er wurde mit seiner Bienenparabel berühmt: Ein Volk, das maßvoll und bescheiden lebt und keinem Böses will, ist schlicht langweilig, und nicht nur das, es tritt auch auf der Stelle, weil es keinerlei Anreize gibt, mehr zu produzieren, als vorhanden ist. Ein Volk von Bösewichten indes, in dem jeder nach mehr Genuss strebt, reich werden will und dabei keine Rücksicht auf andere nimmt, produziert fortwährend Bedürfnisse, die wiederum das Gewerbe ankurbeln und den allgemeinen Wohlstand heben. Menschen ohne Maß und Moral generieren, ohne es überhaupt zu wollen, ein Wohlfahrtsplus für das Ganze (Mandeville 1980).

Smith hat eine positive Sicht auf die Menschen. Natürlich gibt es auch in seiner schönen Welt Räuber, Betrüger und Mordgesellen, kurz: Regelverächter, die Genuss ohne ehrliche Arbeit wollen. Vor ihnen zu schützen, Missetaten zu verfolgen und sie exemplarisch zu bestrafen, ist die Aufgabe der Regierung bzw. des Staates. Hier schließt Smith an die Hobbes'schen und Locke'schen Überlegungen

an. Er geht sogar noch ein Stück darüber hinaus und erwartet von der Regierung infrastrukturelle Vorleistungen wie Wege und Brücken, die den Warenverkehr erleichtern, und nicht zuletzt auch Streitkräfte, die potenzielle Eroberer davon abschrecken, das blühende Gemeinwesen anzugreifen (Smith 1990, S. 601–614).

Der Schlüssel zu dieser Wirtschaftswelt ist Wettbewerb, und dieser Wettbewerb kreist um knappe Güter. Der Konsument muss entscheiden, welche Güter ihm wichtiger sind als andere. Der Wettbewerb spornt den Produzenten dazu an, Kosten zu sparen und qualitativ mit Herstellern des gleichen Produkts Schritt zu halten: Im Preis des Produkts drückt sich die zur Herstellung aufgewendete Arbeit aus. Der Arbeiter, der ein Brot kauft, bringt ein Stück seiner Arbeit, das ihm als Lohn ausgezahlt wird, für die Arbeit auf, die der Bäcker aufbringt, um das gemahlene Getreide zu verarbeiten, plus die Arbeit, die der Müller für das Mahlen, plus die Arbeit, die der Bauer für das Pflanzen und Ernten des Brotgetreides aufbringt. Hinzu kommt die Arbeit des Schmieds, der Pflüge herstellt, plus diejenige des Zimmermanns, der die Mühle baut (Smith 1990, S. 28–31). Alle Arbeit verkörpert den Realpreis. Geld drückt sich lediglich im Nominalpreis aus, der mit dem wechselnden Wert des Münzmetalls schwankt.

Diese Beispiele sind mit Bedacht gewählt. Die Helden dieser Marktwelt sind kleine Leute, biedere Handwerker und Landwirte, die vielleicht ein Handvoll Helfer beschäftigen. Menschen gleicher Lebensart machen Geschäfte untereinander und bedienen überschaubare Märkte. Durch überlieferte Anstandsregeln funktioniert bei alledem die soziale Kontrolle. Diebstahl und Betrug sind Ausnahmen. Smith zeichnet ein Gesellschaftsidyll, das mit wenig Staatlichkeit auskommt. Das Moment der Knappheit des Arbeits- und Warenangebots ist noch unterbelichtet. Deshalb kommt dieser Klassiker auch ohne die Vorstellung kollektiver Anbieter und Nachfrager aus, also ohne die Idee sozialer Klassen.

Jean-Baptiste Say (1767–1832) ist eine weitere Zelebrität der klassischen Ökonomie. Er blickt schon nicht mehr bloß auf die Beziehung zwischen individuellem Käufer und Anbieter und wechselt zur gesamtwirtschaftlichen Perspektive. Der Produktpreis setzt sich aus Arbeit, Boden und Kapital zusammen. Die maßgebliche Preisvariable ist Arbeit. Mit dem Produkt kaufen Arbeiter das Ergebnis der Arbeit Anderer. Jede Produktion wird im Zeitverlauf zur Gänze verkauft. Hohe Löhne bedeuten geringen Profit. Bei hohen Löhnen senkt der Produzent seine Kosten und produziert weniger, um seinen Profit zu halten. Produktion und Verbrauch, so Says Schlüsselbehauptung, stimmen grundsätzlich überein. Zwischendurch braucht das Angebot immer mal wieder Zeit, um sich auf eine veränderte Nachfrage einzustellen (Say 1997, S. 74–80). Dann aber pendeln sich beide Größen erneut aufeinander ein (Rosner 1995, S. 35–38). Wichtig

für den Beitrag zum späteren ökonomischen Denken ist diese Idee des Gleichgewichts (Kurz 2008a).

Die neoliberale Wirtschaftsideologie dieser Tage zitiert gern Says Satz, jedes Angebot finde seine Nachfrage. Dabei geht die Tatsache unter, dass Say eine zeitgenössische Gesellschaft vor Augen steht, in welcher sich der Arbeiter für das blanke materielle Überleben seiner selbst und seiner Familie, also für Nahrung und ein Dach über dem Kopf verdingt. Die Grundnahrungsmittel sind noch knapp, die verfügbare Menge bestimmt den Preis. Schlechte Ernten treiben den Brotpreis und damit den Preis der Arbeit (Say 2001, S. 333–340). Die ökonomischen Beziehungen ähneln damit eher – wie bei Smith – einem Tausch physischer Produkte: Nahrungsmittel gegen das von Arbeitern hergestellte Produkt!

David Ricardo (1772–1823) ist der wirkmächtigste Ökonom des 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen steht ebenfalls die Frage, welche Anteile am Produkt dem Boden, dem Kapital und der Arbeit zukommen. Seine in Gesetzesform gekleidete Antwort: Je höher der Arbeitslohn, desto niedriger der Profit. Schrumpft der Gewinn, wird weniger investiert und werden weniger Arbeiter beschäftigt. Steigt die Zahl der Menschen ohne Arbeit, sinken die Löhne der Arbeiter und steigt der Gewinn. Laufen die Geschäfte wieder besser, werden wieder mehr Arbeiter beschäftigt. Ihr Einstiegslohn ist der Reallohn, der vom Existenzminimum definiert ist. Wird das Arbeitsangebot knapp, steigt der Arbeitsanteil am Produkt, weil mehr Lohn gezahlt wird. Der Lohn mutiert zum Nominal- oder Geldlohn. Die steigenden Lohnzahlungen drücken den Kapitalanteil am Produkt, verhageln also Investition und Gewinn. Deshalb kommt es erneut zu Entlassungen, und der Lohn sinkt wieder in Richtung auf den Reallohn. Ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit ist also ökonomisch vernünftig. Arbeit darf nicht zu knapp werden. Der Preis der Arbeit treibt den Produktpreis (Ricardo 2006, S. 5–13, 75–109).

Geld ist bei Ricardo noch ein reines Bezahlungsmittel. Preis und Gewinn sind auch bei ihm noch an den Preis für Brotgetreide gebunden. Viel mehr als zum Beißen konnten sich die Arbeiter seiner Zeit nicht leisten.

Wie bereits Say intoniert Ricardo die Grundmelodie des Preises, der den Markt räumt, und er bringt abermals, wie Say, das Ideal des wirtschaftlichen Gleichgewichts aufs Tapet. Mag ein Produzent auch mit Arbeit sparenden Maschinen produzieren, wird er den Preis schließlich doch senken müssen. Denn irgendwann treten Wettbewerber auf, die sein Herstellungsverfahren kopieren und das gleiche Produkt günstiger anbieten. Der Produzent muss sich etwas einfallen lassen, um einen Teil des Erlöses in eine kostengünstigere Produktion zu investieren. Auf diese Weise werden vorübergehende Monopolpreise auf ein Niveau her-

unterkonkurriert, bei dem entweder alle Produzenten einen Gewinn machen oder einige aus dem Markt gedrückt werden (Kurz 2008b, S. 124–127). Die Räumung des Produktmarktes stellt sich längerfristig von selbst her. Nur die Räumung des Arbeitsmarktes ist ungut.

Politik spielt für Ricardo keine Rolle. Die Wirtschaftswelt ist, wie sie ist, von Gewinnern und Verlierern bevölkert. Am übelsten sind diejenigen dran, die in der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit festsitzen. Diese ist allerdings systemisch notwendig, damit die Arbeit nicht zu teuer wird. Ricardo hat die Verteilungsordnung seiner Zeit vor Augen. Er macht sie aber nicht zum Thema.

Thomas Malthus (1766–1834) ist hauptsächlich mit seiner Bevölkerungstheorie bekannt geworden. Hört die Menschheit nicht endlich damit auf, sich stärker zu reproduzieren, als Lebensmittel erzeugt werden, löst sich das Übervölkerungsproblem immer mal wieder durch das Korrektiv großer Hungersnöte.

Ricardos These von der natürlichen Arbeitslosigkeit macht sich Malthus nicht zu eigen. Nicht die Bearbeitung des Bodens oder die Herstellung materieller Dinge, auf die seine Klassikerkollegen fixiert sind, schaffen Arbeit und Einkommen, sondern auch Luxus, Bedienstetentätigkeit und die Leistung freier Berufe. Nicht die berufliche Funktion und der Status sind wichtig, sondern die Tatsache, dass auch „unproduktive“ Arbeiter, die einen Lohn erhalten, am Gütermarkt als Nachfrager auftreten (Malthus 1989, S. 511). Die Lösung für das Armutsproblem ist der Einkommenseffekt der Nachfrage. Je intensiver die Nachfrage, desto besser für die Klassen, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeit (Malthus 1989, S. 32–38, 43 f.). Frei interpretiert: Mag es nur wenige Reiche geben, mögen sie als Nachfrager der Lebensgrundlagen auch nicht groß ins Gewicht fallen, ist ihr Vermögen einfach zu groß, um für Kleidung, Nahrung und Wohnen ausgegeben zu werden. Vor diesem Hintergrund erschließt sich die ökonomische Bedeutung des Luxus, d. h. Dinge, die niemand für seine physische Existenz braucht, die aber von denen mit genügend Geld nachgefragt werden, um sich das Leben angenehmer zu machen, Status zur Schau zu stellen und sichtbar den Aufstieg aus den Niederungen der Normalverdiener zu dokumentieren. Heute kommen Statusattribute wie der SUV, die Rolex oder superteure Designerklamotten in den Sinn. Luxusproduktion trägt Arbeitsplätze und generiert Gewinn (Kurz 2008c, S. 100 ff.). Dieser Gedanke war für Malthus' akademische Zeitgenossen noch abwegig.

John Stuart Mill (1806–1873) ist überzeugter Ricardianer. Seine Innovationsleistung ist die klar benannte Unterscheidung von Produktion und Verteilung. Mill nimmt die Existenz einer arbeitenden und einer besitzenden Klasse zur Kenntnis (Mill 1994, S. 130–136, 318 f.). Er erkennt die elende Lage der Arbeiter, stellt die Ökonomie aber auf keine grundsätzlich andere Basis.

Der Grund ist derselbe wie bei Ricardo. Die Produzenten haben legitimen Anspruch auf Gewinn. Indem sie auf den vollständigen Konsum des Ertrags verzichten und einen Teil davon in die Zukunft verschieben, schaffen sie Werte. Sie investieren diesen Teil, um künftigen Gewinn zu realisieren.

Für Korrekturen an der Verteilungsordnung hat Mill nichts übrig. Er legt aber großen Wert auf Chancen: Willige aus den unteren Klassen sollen durch Bildung und Ausbildung dazu befähigt werden, Eigentum zu erwerben und erfolgreich am Markt teilzunehmen. Mill überwindet damit ein Stück weit die bei seinen Zeitgenossen vorherrschende statische Betrachtung der Gesellschaft: Das Chancengebot verfolgt den Zweck, die besitzenden Klassen durch Auslese zu verjüngen und zu erneuern.

Große Vermögen basieren auf der Leistung früherer Generationen. Außer der Herkunft haben die Erben oft auch wenig, das ihre gesellschaftliche Stellung rechtfertigt. Gleichwohl erzieht Reichtum zu Verantwortung und Disziplin. Deshalb ist es nur legitim, Bildung und Besitz politisch zu privilegieren. Nicht nur die reichen Platzhalter, sondern auch die durch Arbeit und Leistung qualifizierten Aufsteiger haben etwas davon. Ihr Platz in der Gesellschaft wird damit belohnt, dass ihnen bei Wahlen das Mehrfache der Stimmen zugebilligt wird wie den übrigen Wahlberechtigten. Die einfachen Bürger, so sie verständig sind und Lesen und Schreiben können, sollen ebenfalls im Parlament repräsentiert sein. Es wäre nicht klug, sie von einem Ort fernzuhalten, an dem gebildete und verantwortungsbewusste Gentlemen vernünftige Argumente austauschen und eine Entscheidung treffen. Was es an Vorarbeit für die Entscheidung braucht, ist Expertensache, ganz so, wie sich auch der Fabrikant von seinen Ingenieuren, Buchhaltern und Vertriebsleitern beraten lässt (Mill 1971).

Das in Mills Ideen enthaltene Potenzial für eine Gesellschaftskritik liegt brach (Bartsch 1982). Also hat auch Mill letztlich die Vorstellung einer Gesellschaft, die sich selbst reguliert, in der die Verteilung grundsätzlich stimmt und in welcher der Staat hauptsächlich als Ordnungsmacht, Hygieneinspektor und Grundbuchverwalter auftritt. In späteren Überarbeitungen seines Hauptwerks öffnet er sich allerdings zunehmend für eine kritische Gesellschaftsbetrachtung und nimmt sogar sozialistische Ideen auf (Mill 1994, S. 372–436).

Sämtliche hier skizzierten Klassiker denken in der Kategorie des Arbeitswerts. Die Produzenten schöpfen aus dem Pool des vorhandenen Arbeitspotenzials, das maßgeblich den Produktpreis und den Gewinn bestimmt. Der Gedanke, dass aus Waren Güter werden, die individuell stärker gekauft oder nicht gekauft werden, kurz: dass Produzenten und Konsumenten in Preisen miteinander kommunizieren, läutete die nächste Etappe im Wirtschaftsdenken ein.

Wenden wir uns zuletzt kurz *Karl Marx* (1818–1883) zu: Auch er war ein Jünger Ricardos, nur las er ihn seitenverkehrt. Er rezipierte aber auch Mill, dessen Gedanken sich in Marx' Mehrwerttheorie niederschlagen (Bartsch 1982, S. 144). Marx' politisches und ökonomisches Werk dreht sich um Arbeit, Preis, Gewinn, Angebot und Nachfrage. Zweierlei Aspekte sind grundlegend innovativ.

Erstens hat Marx im Unterschied zu den referierten ökonomischen Klassikern überhaupt ein Geschichtsbild und dazu noch ein dynamisches. Das im Ideal der liberalen Wirtschaftsordnung stillschweigend eingeschlossene Zeitbild der oben referierten Klassiker ist statisch: eine Momentaufnahme der kapitalistischen Epoche. Die auf das Eigentum gegründete Marktgesellschaft ist sich selbst genug, perfekt und nicht weiter entwicklungsbedürftig.

Zweitens sind im Marx'schen Geschichtsbild Klassen die großen Bewegkräfte der Geschichte. Die Kapitalistenklasse ist zunächst eine fortschrittliche historische Kraft, weil sie die vormoderne Feudalklasse ablöst. Je länger sie herrscht, desto stärker wird sie zum Hemmschuh des Fortschritts. Während die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Epoche wächst und wächst, gerät die Konkurrenzwirtschaft in den Strudel der Selbstzerstörung. Große Kapitalisten fressen die kleinen, und die Großen selbst versuchen sich gegenseitig aus dem Ring zu werfen, indem sie die Löhne drücken und den Arbeitern weiterhin einen Mehrwert abpressen. Bei diesem Mehrwert handelt es sich um den Wertanteil der Arbeit, der über den Reproduktionswert der Arbeit hinaus erwirtschaftet wird und auf dem Konto superreicher Kapitalisten landet.

Während die einen reicher werden, verelendet die Arbeiterklasse. Diese Entwicklung ist gesetzmäßig. Denn treibende Kraft der Geschichte ist stets das Ensemble der Produktivkräfte: der Stand von Wissenschaft, Technik und Organisation. Wie einst das Fabrikssystem die Manufaktur überflüssig und das Handwerk als Produzentenklasse marginalisiert hat, wird die Selbstorganisation der Arbeiter dereinst die kapitalistische Produktionsweise verdrängen. Jede Epoche braucht spezielle Produktionsverhältnisse, d. h. eine eigene Form der Staatlichkeit, Rechtsformen, Weltanschauung und Religion. Diese Produktionsverhältnisse rechtfertigen und sichern die Herrschaft einer neuen Klasse. Der Feudalstaat kommt mit der Verleihung von Ämtern an den Adel aus, der bürgerliche Staat und das Fabrikssystem brauchen demgegenüber versiertes, in langer Ausbildung rekrutiertes und qualifiziertes Personal.

Die Krise des Kapitalismus kündigt das Ende der Herrschaftsbeziehungen überhaupt an. In der arbeitenden Klasse reift so viel Wissen und Kompetenz, dass sie nach dem Sieg über den Kapitalismus alles selbst und einvernehmlich zu regeln versteht. Außerdem: Die bürgerliche Klasse prämiiert das selbstsüchtige Ego, das stets den Vorteil auf Kosten des Anderen sucht. Die Arbeiter verhalten

sich, sozialisiert – nach dem Bild der zeitgenössischen Fabrikarbeit – durch das Erlebnis kollektiver Produktion, solidarisch (Marx 1971, S. 180 f.; Marx und Engels 1971, S. 462 f., 472 f.). Diese Skizze mag genügen: Staat, Politik und Recht sind bei Marx Appendizes der Klassenverhältnisse, so wie in der klassischen – liberalen – Ökonomie. Sie laufen thematisch lediglich mit.

2.2 Die Modellwerkstatt der Wirtschaftstheorie: Was nicht passt, wird passend gemacht

2.2.1 The Scientific Turn: Die Neoklassik

Mit dem Siegeszug von Naturwissenschaft und Technik verabschiedete sich die Ökonomie des späteren 19. Jahrhunderts vom Erbeil des politischen und soziologischen Denkens. In Mathematik und Statistik entdeckte sie neue Argumentationslinien sowie Darstellungs- und Mitteilungsmöglichkeiten.

Der französische Ökonom *Léon Walras* (1834–1910) lebte in einer Epoche spektakulärer Neuerungen. Beispiele: Eiffelturm, Brooklyn Bridge, das – durch Stahlbeton und Fahrstuhltechnik ermöglichte – Hochhaus und die transkontinentalen Wasserstraßen des Suez- und Panamakanals. Walras war Ingenieur und hatte Mathematik studiert. Dann verschlug es ihn in die Ökonomie. Dort wandte er das Erlernte auf den Prozess der Preisbildung an: Dem Kaufinteressenten wird ein Produkt irgendwann zu teuer, dann verzichtet er auf den Kauf, und für den Produzenten lohnt es irgendwann nicht mehr, mit dem Preis noch weiter herunterzugehen, weil er sonst Verlust macht.

Aus diesen Überlegungen entwickelt Walras die Theorie des Grenzwerts. An irgendeinem Punkt bringt der Erwerb einer weiteren Einheit des Produkts keinen zusätzlichen Nutzen mehr, bei sinkender oder stagnierender Nachfrage sinkt der Preis für jedes weitere hergestellte Produkt unter die Herstellungskosten. Grenznachfrage und Grenzangebot spielen sich in einem Anpassungsprozess aufeinander ein und gelangen in ein Gleichgewicht. Dieser Prozess lässt sich in Gleichungen und Diagrammen darstellen (Walras 1972). Walras' Interesse gilt dem mathematisierbaren Aspekt des Geschehens. Fragen des Eigentums und der Klassen interessieren ihn nicht. Im Moment des Gleichgewichts bleibt die Kontinuität mit den Klassikern gewahrt.

Alfred Marshall (1842–1924) greift diese Gedanken auf, die den Preis der Arbeit, ohne dies groß zu thematisieren, als lediglich einen unter anderen Kostenfaktoren bagatellisieren. Er unterscheidet den Gesamtkomplex des Marktes in Teilmärkte mit je besonderen Eigenschaften. So gibt es Märkte mit hoher

Preiselastizität. Dort werden Güter produziert, auf deren Kauf verzichtet werden kann, wenn der Preis steigt. Auf Märkten mit geringer Preiselastizität werden Güter gehandelt, auf die nicht so leicht verzichtet werden kann (Marshall 1949, S. 78–95). Sämtliche Teilmärkte bewegen sich jeweils auf einen Gleichgewichtspreis hin. Das Ergebnis ist dann wieder ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Es bildet sich im stabilen Gesamtpreis der Wirtschaftsleistung ab. Der Markt reguliert sich selbst. Nach dem Motto „Laissez faire, laissez aller“ haben Staat und Politik auf dem Marktplatz nichts zu suchen. Der moralische und soziale Aspekt des Marktgeschehens interessiert nicht (Berg 2010, S. 134–141). Marshall publiziert noch hauptsächlich im literarischen Format. Aber sein populäres Standardwerk zur Ökonomie arbeitet bereits mit der mathematischen Darstellung. Das „Marshall-Kreuz“ im Diagramm von Angebots- und Nachfragefunktion ist bis heute darstellerischer Standard.

Vilfredo Pareto (1848–1923) gab der Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaft einen weiteren kräftigen Impuls. Bekannt wurde er mit dem Bild des *Homo oeconomicus*, d. h. dem mit der Fähigkeit zum Kostenrechnen begabten Individuum. Dieser Typus kündigte sich, noch verdeckt, bereits in der Wirtschaftswelt der Klassiker an. Erst mit Pareto avanciert er zum archimedischen Punkt einer vollständig von Rationalität durchdrungenen Wirtschaftsbetrachtung (beschrieben bei Sedláček 2013, S. 216–218). Das Individuum wird soweit seiner Persönlichkeit entkleidet, bis es nur noch Informationen aufnimmt und verarbeitet, die für eine Kostenrechnung taugen. Unterstellt wird der Vollbesitz aller dafür relevanten Informationen. Wenn sich alle rational verhalten, kommt ein Ergebnis zustande, das jeden Einzelnen im Rahmen seiner Möglichkeiten zufriedenstellt und in der gesellschaftlichen Summe, also für alle das Beste ist. Pareto geht es nicht um die konkrete Wirtschaftswelt, sondern um „pure economics“ (Pareto 2014, S. 77).

Die Individualität dieses *Homo oeconomicus* drückt sich in der unendlichen Vielfalt der Wünsche und Vorlieben, vulgo: Präferenzen aus (Pareto 2014, S. 125). Rationales Verhalten lässt mit der rationalen Methode schlechthin, der Mathematik, analysieren. Darstellungstechnisch berauscht sich Pareto an der Ästhetik von Kurven und Gleichungen. Der *Homo oeconomicus* wird als Individuum gedacht. In der gesamtwirtschaftlichen Perspektive wird dieser singuläre Kostenrechner vom Datenaggregat eines Kollektivs von Rechnern, darunter Verbrauchern und Investoren aufgesogen.

Nun zeigt schon der flüchtige Augenschein, dass sich Menschen nicht durchweg wie Rechenmaschinen verhalten. Scheinbar stabile Gleichgewichtslagen scheitern an Arbeitskämpfen, Naturkatastrophen, Regierungswechseln, Kriegen und Ereignissen in fernen Weltgegenden.

Den Einwand nicht vorhersehbarer Ereignisse gegen sein Modell neutralisiert Pareto mit einer Geltungsbedingung: der *Conditio ceteris paribus*. Aussagen stimmen immer nur unter gleichbleibenden Bedingungen (Pareto 2014, S. 75). Diese Einschränkung kommt dem Laborvorbehalt in den exakten Wissenschaften gleich. Für das Gesamtergebnis der unzähligen Kalküle, die sich in einer Momentaufnahme abbilden, hat sich der Begriff des Pareto-Optimums eingebürgert. Das Optimum ist rational, weil es den Schnittpunkt aller Präferenzen darstellt. Wird das darin angezeigte Gleichgewicht von außen korrigiert, ergibt sich ein suboptimaler Zustand. Pareto-Effizienz verlangt, dass keiner schlechter gestellt werden darf als im Gleichgewichtspunkt aller Präferenzen (Pareto 2014, S. 107). Die Pareto-Effizienz trägt ihre Gerechtigkeit in sich, ist sie doch das Resultat unzähliger individueller Vorteils kalküle! Auf ethische Gerechtigkeitsvorstellungen lässt sich Pareto nicht ein. Es stört also nicht, wenn wenige gut, sehr viele aber jämmerlich dastehen. Für Fragen der Eigentums- und Wirtschaftsverfassung interessiert sich Pareto folgerichtig nicht. Persönlich sympathisierte er zeitweise sogar mit der Linken seiner Epoche. Seine Methodologie, zugleich sein großer Beitrag zur Wirtschaftswissenschaft, ist ein Allzweckinstrument. Sie lässt sich, wie die Rational Choice unserer Tage zeigt, ohne Weiteres auch auf außerökonomische Phänomene anwenden (siehe unten, Abschn. 7.1).

Seit Pareto hält sich die Wirtschaftstheorie an die *Conditio ceteris paribus*. Die Figur des *Homo oeconomicus* blendet die Psyche, soziologische Erkenntnisse und die Konditionierung der Gegenwart durch die Vergangenheit aus, handelt es sich doch um Phänomene, die sich rechnerischer Rationalität verschließen (Sedláček 2013, S. 363–365).

In diesem Denken ist für Staat und Politik kein Platz: Die beste Regierung ist diejenige, die im Marktgeschehen gar nicht erst in Erscheinung tritt. Fazit: Die Neoklassik ist Wirtschaftsliberalismus pur. Das Marktgehege ist mit Schildern gepflastert, die den Besucher auffordern, bloß keines der freilaufenden Tiere zu füttern oder zu stören!

2.2.2 Keynes

Mit *John Maynard Keynes* (1883–1946) gelangten Politik und Psychologie in das Verständnis ökonomischer Prozesse. Die Ökonomen der gegenwärtigen wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie verübeln es ihm bis heute. Keynes verdankt seine Bedeutung dem historischen Kontext der Großen Weltwirtschaftskrise von 1929 und der Folgejahre (siehe unten, Abschn. 4.2.3).

Keynes hält nichts vom Gleichgewichtsmodell der Neoklassiker. Auch mit der *Ceteris paribus*-Klausel hat er nichts im Sinn. Er baut seine Theorie um die Beobachtung, dass sich die Wirtschaft in Zyklen entwickelt, also un stetig wächst – ein Phänomen, das die akademische Ökonomie seit ihren Kindertagen beschäftigt. Im Auf und Ab der Konjunktur kommt es immer wieder zu Arbeitslosigkeit und Inflation. Geld ist bei Keynes nicht mehr nur Zahlungsmittel. Seine Essenz ist das Vertrauen, dass man für den Nominalbetrag einer Münze, einer Banknote oder eines Kontoeintrags den indizierten Gegenwert von Gütern und Leistungen bekommt. Im Vertrauen auf die Wertbeständigkeit des Geldes ist es vernünftig, Konsumverzicht zu üben. Sparen verschiebt den Konsumgenuss auf später. Der sparende Konsument wird darüber hinaus mit einem Zinsgewinn belohnt.

Ein Produzent, der sich entschließt, einen Teil seines Ertrags zu investieren, nimmt typischerweise einen Kredit auf. Der dafür berechnete Zins fließt auf die Konten der Sparer. Mit der Pflege oder Erweiterung des Kapitalbestandes sichert die Investition den Gewinn von morgen und übermorgen. Bis hier mochten die Neoklassiker Keynes noch folgen.

Neue Überlegungen bringt Keynes mit der Alltagspsychologie und dem Beschäftigungseffekt des Sparens ein. Die Sparneigung steckt den Spielraum für Investitionen ab, und die Gewinnerwartung des Unternehmers seine Investitionsbereitschaft. Die Sparneigung hängt von den Lohneinkommen ab. Keynes distanziert sich von der Vorstellung der Klassiker und Neoklassiker, die Arbeiter sollten sich am Reallohn, d. h. der um den Nennpreis bereinigten Einkommensentwicklung orientieren. Die Erfahrung zeigt, dass sich Lohnforderungen allein auf die Entwicklung des Nominallohns beziehen. Im Nominallohn ist die Preissteigerung abgebildet. Arbeiter und Gewerkschaften verteidigen diesen nominalen Lohn, aber nicht den von liberalen Ökonomen für richtig gehaltenen realen Lohn auch dann, wenn viele Menschen keine Arbeit haben. Wie Keynes es ausdrückt, sind Löhne „klebrig.“

Das wirtschaftliche Gleichgewicht ist abstrakt, die Kaufkraft in der Lohntüte aber real und höchst alltagsrelevant. Die Erfahrung lehrt, dass der Nominallohn keineswegs vollständig verbraucht, sondern ein Teil davon als Ersparnis für künftigen Konsum zurückgehalten wird (Keynes 2006, S. 102, 179 f.). Im Lohnarbeiter sieht Keynes nicht einfach den Kostenfaktor, sondern auch den Kunden, der Nachfrage erzeugt und die Produktion in Schwung bringt. Lebt er am Minimum, kann er weder sparen noch ordentlich konsumieren. Ließe er seinen Lohn mit einem Inflationsabschlag berechnen, bliebe für beides weniger (Keynes 2006, S. 81, 83, 95).

Keynes folgert daraus, bei schwachem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit müsse die Beschäftigung gefördert werden, um Nachfrage und Investitionsbereitschaft zu stimulieren. Er kritisiert, die Ökonomie sei bisher stur Ricardo gefolgt,

der das ökonomische Geschehen allein von der Angebotsseite her betrachtet habe. Klüger wäre es gewesen, sich an Malthus zu halten; er habe bereits die Bedeutung der Nachfrage erkannt (Kates 2010, S. 36–38).

Die Nachfrage ist der Schlüssel für die Beurteilung der Zukunft. Das für Kredite verfügbare Sparvolumen und konsumfreudige Arbeiter steigern die Gewinnerwartung und kurbeln Investitionen an. Die Investitionsgüter produzierenden Industrien stellen mehr Arbeiter ein, die am Markt wiederum als Konsumenten auftreten. Öffentliche Aufträge, also Fiskalpolitik bietet sich als Hebel an, um die Investitionstätigkeit anzuregen und mehr Arbeiter zu beschäftigen (Keynes 2006, S. 81). Die Zinspolitik, die Keynes noch als Instrument der Regierungspolitik kannte, flankiert diese Impulse mit billigem Notenbankgeld. Überhitzt die Nachfrage, hält die Produktion mit den wachsenden Geldeinkommen also nicht mehr Schritt, ist es an der Zeit, die Kredite zu verteuern und die investiven öffentlichen Aufgaben zurückzufahren.

Geld drückt Zukunftserwartungen aus, für den Investor die Aussicht auf künftigen Gewinn, für den Lohnempfänger die Aussicht auf künftigen Konsum. Beides hängt von der Sparneigung ab. Zwar können nicht mehr Kredite vergeben werden, als Sparvermögen vorhanden ist. Die Regierung hat aber die Möglichkeit, Schulden zu machen, d. h. ein Haushaltsdefizit in Kauf zu nehmen (deficit spending), um öffentliche Aufträge zu vergeben. Der Zweck: einem von Massenarbeitslosigkeit verursachten Elend vorzubeugen und es ggf. zu bekämpfen!

Schon kleine Veränderungen im Sparverhalten und bei den Kreditzinsen multiplizieren sich durch die schiere Masse der Sparer und des Kreditvolumens zu beträchtlichen Größen (Keynes 2006, S. 100 f.). Tritt verstärkt Arbeitslosigkeit auf, ist es an der Zeit, mit dem Multiplikationseffekt bereits kleiner Drehungen an den wirtschaftspolitischen Stellschrauben Impulse zu geben. Letztlich kommt alles darauf an, dass es sich für die Unternehmer wieder lohnt zu investieren.

Der gemeinsame Nenner von alledem ist Geld. Wie alles von Wert will Geld gepflegt sein. Schwindet das Vertrauen, dass ich auch morgen den gleichen Warenwert für mein Geld bekomme wie heute, ist es ratsamer, das verdiente Einkommen gleich zu verjubeln und es nicht in Ersparnissen anzulegen. Diese Gefahr droht, wenn die Nachfrage der Produktionskapazität davonläuft. In einer inflationären Phase ist Schubumkehr angezeigt. Der Staat fährt seine Ausgaben zurück und baut Schulden ab. Der steigende Leitzins drosselt die Kreditaufnahme, der Arbeitsmarkt wird eventuell auch nicht mehr vollständig geräumt. Im konjunkturellen Abschwung wird es schwieriger, Lohnsteigerungen zu realisieren.

Für die Außenwirtschaft rät Keynes dazu, auf das Instrument einer Abwertung der Landeswährung zu verzichten, um damit – also mit der Verbilligung der Export- und der Verteuern der Importpreise – einen kurzfristigen Vorteil

auf Kosten der Nachbarn zu erzielen. Dabei stand ihm der Kaskadeneffekt des Abwertungswettlaufs in der Großen Weltwirtschaftskrise vor Augen. Am besten tun Regierungen und Notenbanken daran, eine feste Tauschrelation zwischen den Währungen zu verabreden und diese solidarisch gegen den Abwertungsdruck auf schwache Währungen zu verteidigen. Im Währungssystem von Bretton Woods (siehe unten, Abschn. 4.2.4) fand diese Idee ihren Niederschlag, wenn auch nicht ganz in der Weise, wie Keynes sie sich vorgestellt hatte.

Keynes' Modell befasst sich nicht mit Politik. Aber es fußt auf einer politischen Präferenz: Hohe Beschäftigung bei stabilem Geld (Hession 1986, S. 401 f.)! Wie es der Wirtschaftswissenschaftler Alban Phillips (1914–1975) nachfolgend, aber nicht ganz auf einer Linie mit Keynes, griffig formuliert hat, muss die Politik entscheiden, mit welcher Priorität sie in das Marktgeschehen interveniert: Geht es darum, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, entscheidet sie sich für eine gelockerte Geldpolitik; nimmt der Preisauftrieb überhand, ist eine striktere Geldpolitik angezeigt, mag sie auch zu höherer Arbeitslosigkeit führen (Phillips 1958).

Diese Gedanken spielten bei der Überwindung der Großen Depression von 1929 in den USA eine bedeutende Rolle. Eher instinktiv als aus dem Verständnis der Keynes'schen Theorie heraus steuerte Präsident F. D. Roosevelt die USA nach 1933 aus der Krise heraus. In Europa begann Keynes' Siegeszug nach 1950. Die von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern gemeinsam getragene Fiskal-, Lohn- und Preispolitik, der sogenannte Korporatismus oder Tripartismus, hatte seine besten Zeiten in den 1950er und 1960er Jahren (siehe unten, Abschn. 7.2.1). Es handelte sich um zeitweise erfolgreiche Versuche, Stabilität und Vollbeschäftigung zu kombinieren.

Für gut drei Jahrzehnte war Keynes *der* Referenzdenker des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream. Nach dem Krieg wurde er zum Lieblingsökonom der Sozialdemokratie. Markt und Staat erschienen nicht mehr als Gegensätze. Wo es der Politik gelingt, die Menschen in Arbeit zu halten und ihnen das Sparen zu ermöglichen, wo dies auch noch mit Systemen der sozialen Sicherung daherkommt, braucht es weder Verstaatlichung noch zentrale Wirtschaftslenkung.

Mit den Währungs- und Ölpreiskrisen der 1970er Jahre geriet Keynes bei Ökonomen in Verruf. Explodierende Energie- und Rohstoffkosten trieben die Preise, das Wachstum verlangsamte sich. Die Gewerkschaften kalkulierten ihre Forderungen in Erwartung steigender Preise. Nach Keynes hätten zur Inflationsbekämpfung jetzt geld- und haushaltspolitische Bremsmanöver eingeleitet werden müssen. Diese blieben jedoch aus. Die Regierungen wären am Wahltag absehbar dafür abgestraft worden.

Ein weiterer Faktor, mit dem Keynes diskreditiert wurde, der jedoch abermals eigentlich nichts mit ihm zu tun hatte, war der großzügige Ausbau des Sozialstaates in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten. Als in den 1970er Jahren Wachstum und Steuereinnahmen nachließen, gingen die Regierungen, die bis dahin an kontinuierliche Einnahmen für den Wohlfahrtsstaat gewöhnt waren, dazu über, ihre Haushalte in wachsendem Maße am Kapitalmarkt zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund bekamen alternative Wirtschaftsmodelle Konjunktur. Unter den meisten Ökonomen dieser Tage gilt Keynes immer noch als Unperson. Keynes selbst hatte für den Sozialismus nichts übrig, und er tat sich auch nicht als Apologet des Sozialstaates hervor. Aber mit der Sorge um die Arbeit als Grundlage individueller Wohlfahrt holte er ein Stück Gerechtigkeitsdenken in die Modellwelt der Ökonomen (Carabelli und Cedrini 2014, S. 108, 129).

2.2.3 Die Gegenbewegung: Neoliberalismus

Keynes' Kritikern ging es um die Restauration des politikfreien Marktes: Rückbau der Staatsaktivität, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Verschlinkung des Sozialstaates, Steuersenkungen und Deregulierung. Dieses Programm war von der sogenannten Österreichischen oder Wiener Schule inspiriert. Sie entwickelte sich in zwei Varianten.

Für die ältere Variante steht der Ökonom *Carl Menger* (1840–1921). Menger erweitert die Ware, das Produkt, zum Gut. Eine Ware ist durch physische Eigenschaften und ihren praktischen Nutzen definiert. Als Gut avanciert die Ware zum Wert. Für die einen hat sie keinen, für die anderen einen geringen, für wieder andere einen hohen intrinsischen Wert. Menger teilt den methodologischen Individualismus der Neoklassiker. Aber sein *Homo oeconomicus* hat im Unterschied zu demjenigen Paretos nicht unendlich viel Zeit, und er muss auch nicht vollständig informiert sein, wenn er eine Entscheidung trifft (Alter 1982).

Menger und seine Kollegen arbeiteten sich an der deutschen Historischen Schule um Gustav Schmoller (1838–1917) ab. Diese profilierte sich gegen die abstrahierenden Vereinfachungen der Neoklassiker mit der Beobachtung von Ereignissen und dem Sammeln von Daten. Die atheoretische Historiografie stellte sich gegen die ahistorische Theorie (Richter 1991, S. 137). Die deutschen „Kathedersozialisten“ mit ihrem bekanntesten Exponenten Werner Sombart (1863–1941) hielten sich an Schmollers Methode. Sie interpretierten aber auf ihre Weise und plädierten für soziale Politik im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung. Darin berührten sie sich mit den revisionistischen Sozialdemokraten um Eduard Bernstein (1850–1932). Führende Sozialdemokraten glaubten

schon um die Wende zum 20. Jahrhundert nicht (mehr) an die Große Revolution. Sie setzten stattdessen auf soziale Verbesserungen im Rahmen des parlamentarisch-bürgerlichen Staates.

Die jüngere Variante der Österreichischen Schule um *Ludwig von Mises* (1881–1973) rüstete methodologisch-mathematisch auf. Wichtiger aber: sie war auch politisch motiviert: Die Umbrüche nach dem Ersten Weltkrieg passten von Mises nicht. In der schwierigen Zwischenkriegszeit stellten sozialdemokratische Regierungen in Skandinavien, in Österreich und in Deutschland den ersten sozialen Wohnungsbau auf die Beine, sie bauten die Renten- und Sozialversicherungen aus und nahmen die Infrastruktur in öffentliche Regie. Das Projekt einer sozialen Demokratie, d. h. eines weiterhin von privatem Kapital beherrschten, aber politisch moderierten Marktes nahm Gestalt an. Demgegenüber krepelte der leninistische Marxismus in der jungen Sowjetunion rabiat die alte Eigentumsordnung um und baute eine staatsgelenkte Planwirtschaft auf, in der privates Kapital keinen Platz mehr hatte.

Von Mises' Werk steht im Zeichen dieser Umbrüche. Er hat einen Horror vor der Politisierung des Wirtschaftslebens: Die Wirtschaftsfreiheit des Einzelnen setzt von Mises' absolut. Aber keineswegs blind für die Wirklichkeit, konzidiert er, dass dieses Gleichgewicht immer wieder von Krisen gestört wird. Darin stimmt er mit Keynes überein. Weil sich die Menschen letztlich aber stets vernünftig verhalten, heilt sich der Markt wie ein gesunder Organismus von gelegentlich auftretenden Krankheiten selbst. Dazu müssen die Menschen nicht groß kommunizieren. Es genügt, dass sie ihrem Eigeninteresse folgen (Brodbeck 2015, S. 37–40).

Von Mises' Ausgangspunkt ist das Handeln des Einzelnen. Er hat kein Problem damit, dass dieses Handeln von den verschiedensten Einflüssen, auch von historischen Entwicklungen, bestimmt wird. Das Vorgehen der Historischen Schule kritisiert er jedoch als diffus: ohne theoretischen Kern, der Erklärungen unabhängig von Zeit und sozialem Ort erlaubt (von Mises 2010, S. 48 f., 59 f.)! Ungeachtet der Tatsache, dass die Psyche das Handeln mitbestimmt, handelt der Mensch doch letztlich bewusst und damit vernünftig. Zwar sind die Wünsche denkbar verschieden. Aber die Entscheidung, sie zu verwirklichen und sie auch aufzugeben, wenn die sprichwörtlichen Aesop'schen Trauben zu hoch hängen, hat mit Gefühlsaufwallung und Unbewusstem nichts zu tun (von Mises 2010, S. 11–16).

Im rationalen Handeln, das sich auf andere richtet, die sich in gleicher Weise vernunftgemäß verhalten, konstituiert sich die Gesellschaft. Die ideale Gesellschaft ist ein freier Markt, auf dem keiner dem anderen vorschreiben darf, wie er sich zu verhalten hat (von Mises 2010, S. 115, 134–136). Der Markt bietet auch alle Möglichkeiten, dem Übel der Arbeitslosigkeit zu entrinnen. Die Menschen

müssen nur bereit sein, Arbeit aller Art, zu jedem Preis und an jedem Ort anzunehmen (von Mises 2010, S. 546–548, 721).

Die Rolle des Staates im Marktgeschehen ist es, dafür zu sorgen, dass dieser Markt funktioniert, sodass z. B. die Geltung von Verträgen erzwungen wird. Wenn er Steuern erhebt, um Beamte, Richter und Polizisten zu bezahlen, ist das vernünftig und legitim. Jegliche Staatstätigkeit aber, die darüber hinausgeht, bedeutet Freiheitsverlust. Ein Staat, der wirtschaftlich selbst aktiv wird, verdrängt den Markt durch ein Stück Befehlswirtschaft: Wenige in Regierung und Verwaltung bestimmen dann, was zu welchem Preis und in welcher Menge produziert wird (von Mises 2012, S. 65 f., 2010, S. 183 f., 250 f., 640 f., 646–659). Der Sozialismus im post-revolutionären Russland ist die perfekte Befehlswirtschaft. Sein Beispiel hält den freien Gesellschaften einen Spiegel vor, was sie zu erwarten haben, wenn sie erst damit anfangen, den Marktkräften ins Handwerk zu pfuschen.

Kurz: Das wunderbare Gebilde des Marktes verträgt keine Eingriffe von außen. Es gibt Anreize für die weniger Glücklichen, sich aus eigener Kraft aus der persönlichen Misere herauszuarbeiten. Der Markt nimmt es aber auch hin, dass es die Trägen und vom Schicksal allzu sehr Gebeutelten zu nichts bringen. Reich und Arm sind von der Natur gegeben.

Von Mises, seine Kollegen und Schüler waren in der österreichischen Heimat angesehene Wirtschaftsforscher. Diese Heimat wurde allmählich zu eng und in Anbetracht des in Mitteleuropa ins Kraut schießenden Autoritarismus schließlich auch zu gefährlich. Ihre grundliberalen Ideen nahmen von Mises und seine Epigonen in die zweite angelsächsische Heimat mit. Dort entfalteten sie unvergleichlich größere Wirkung als in der deutschsprachigen Universitäts- und Forschungslandschaft.

Mit der Offenheit für die mathematische Darstellung, die damals auch schon der eine oder andere Psychologe und Soziologe übernahm, lagen die Österreicher im wissenschaftlichen Trend. Ihre politische Botschaft – Wirtschaft heißt Markt, und der Markt verträgt keine Politik – unterschied sich lediglich in stilistischer Hinsicht vom krachledernen Liberalismus der Angelsachsen. Namentlich an der University of Chicago wurde ihr Werk begeistert aufgenommen. Die noch junge Hochschule wurde bereits in den 1920er Jahren zum Mekka zum Ökonomen und Sozialwissenschaftlern, denen es um Methoden, Daten und logische Erklärungen ging.

Das Schreckensbild des sowjetischen Sozialismus vor Augen, wollte *Friedrich August von Hayek* (1899–1992), ein Spross der Österreichischen Schule, den scheinbar harmlosen Anfängen des Sozialismus wehren: Sozialismusverdacht ist bereits angezeigt, wenn der Staat Tätigkeitsfelder reklamiert, die besser dem Markt überlassen wären. Publizistisch hervorragend gemacht und vor allem für ein Laienpublikum eingängiger ausgedrückt als dieselben Ideen in Formeln und

Diagramme gekleidet, verkündet von Hayek seine Botschaft: Der Markt lebt von der Freiheit des Einzelnen, sich mit der Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg kreativ zu betätigen und damit auch anderen Gutes zu tun. Von Hayek spielt also die klassische Melodie von Eigennutz des Homo oeconomicus, der dank einer von Vernunft durchwalteten Welt zum gesellschaftlichen Wohltäter wird. Die Erfolgreichen mögen getrost zeigen, was sie sich alles leisten können. Doch existiert erst einmal ein Markt für die Bedürfnisse der Reichen, wird es nicht lange dauern, bis daran getüftelt wird, diesen Markt mit preisgünstigen Produktvarianten für das kleine Portemonnaie erschwinglich zu machen. Wie viel Potenzial für Erfindung und Genuss gingen verloren, wenn Steuern die Motivation lähmten, mit guten Ideen Geld zu verdienen (von Hayek 1991, 1978)?

Joseph A. Schumpeter (1883–1950) schlägt in dieselbe Kerbe. Ein naher Verwandter der Österreichischen Schule, bietet er sogar eine politische Theorie an. Demokratie ist ein System zur Führerauslese. Der Politiker denkt in den Kategorien der Macht, der Unternehmer in denen des Marktes. Wir treffen hier abermals auf das Postulat der wirtschaftsabstinenten Politik (Schumpeter 2005). Der demokratische Wettbewerb entscheidet, wer regieren soll. Politische Programme sind nichts anderes als Werbeplattformen. Die Parteien haben keine andere Aufgabe, als Kandidaten für politische Ämter auszubrüten. Verwaltung hingegen, und zwar sowohl in der politischen Variante, die den Regierenden Lösungen souffliert, als auch in der rein exekutiven Variante ist Expertensache. Die Politik hat bloß zu beraten und zu entscheiden, welche der Optionen, die ihr präsentiert werden, gelten soll. Wird Macht zu dem Zweck ausgeübt, verteilungsgerechtere Verhältnisse herbeizuführen, wird also versucht, auf marktwidrige Weise das Ergebnis des Marktes zu korrigieren, steht das politische Ideal gegen das des Marktes. Schumpeter räumt immerhin ein, dass sich die Wähler auch für ein Programm entscheiden können, das den Staat in die Wirtschaft holt. Der Soziologe Niklas Luhmann (1927–1998) hat es sich nicht nehmen lassen, die Politik ganz ähnlich in den Bezirk der Macht zu verweisen und das Hineinregieren der Macht in das soziale Ereignisfeld der Gewinnerwirtschaftung zu kritisieren (Luhmann 2002, 1988).

Bei alledem stellt sich die Frage, wozu im demokratischen System Macht um ihrer selbst willen überhaupt gut sein soll, wenn sich die Politik von ausgerechnet dem Lebensbereich fernzuhalten hat, der die Menschen mit Einkommen und Arbeit existenziell betrifft.

Geld ist für *Milton Friedman* (1912–2006) das A und O des freien und stabilen Marktes. Die Geldmenge darf nicht stärker wachsen als die durchschnittliche Wirtschaftsleistung der Vorjahre. Die Arbeitgeber halten die Lohnsumme klein. Kommt es zu großen Lohn- und Preissteigerungen, wird der Preisauftrieb durch den Geldmengenautomatismus gebremst; es kommt zu Entlassungen. Unter

diesen Bedingungen werden die Beschäftigten ihre Lohnerwartungen zurückschrauben. Die Aussicht auf leicht rückzahlbaren, zinsgünstigen Kredit stimuliert Investitionen in die Zukunft. Zieht die Konjunktur an, wird wieder neu eingestellt. Vollbeschäftigung wird sich damit nicht erreichen lassen. Aber das Risiko unkontrollierter Inflation bleibt gebannt (Cotti 2007, S. 27–29).

Bei Friedman lebt also die „natürliche“ Arbeitslosigkeit der Klassiker wieder auf. Von Keynes übernimmt er den Gedanken der Gewinnerwartung des Investors. Der Impuls für das Investieren geht bei ihm aber nicht von der Regierung, sondern allein vom Markt, insbesondere vom Geldmarkt aus. Bisweilen wird diese Idee als Post-Keynesianismus charakterisiert, weniger schmeichelhaft auch als bastardisierter Keynesianismus. Durchgesetzt hat sich der Terminus Neoliberalismus, und dieser bezeichnet die ökonomischen Orthodoxie der Gegenwart (Madrick 2014, S. 1). Ohne das Gegen-, ja Feindbild des großen Keynes lässt sich ihr Erfolg nicht verstehen (siehe auch Kurz 2013, S. 96–107).

Die Neoklassik kannte noch keinen Staat, der sich als sozialpflichtig verstand. Sie klebte allem, was sich sozialistisch nannte, den Sowjetstern auf. Die Ideen einer sozialen oder christlichen Demokratie, die jede auf ihre Weise eine sozialpolitische Verantwortung des Staates definierten, waren noch neu und von den Marktapologeten nicht verarbeitet. In Friedmans Epoche hingegen, also in der jüngeren Vergangenheit, war der Sozialstaat eine Realität, ohne die sich sein Werk nicht verstehen lässt.

Von der Vorstellung eines perfekt informierten Homo oeconomicus hält Friedman so wenig wie vor ihm bereits von Mises. Die individuellen Horizonte und damit die Informationen, auf deren Grundlage individuelle Entscheidungen getroffen werden, sind an Kultur, Ort und Biografie gebunden und deshalb stets mit einer gehörigen Portion Irrationalität gewürzt. Wichtiger aber: Diese Einflüsse werden im Gesamt der Marktteilnehmer ausgegült. Das Gesamtergebnis bündelt die rationalen Anteile, die jeder individuellen Entscheidung zugrunde liegen.

Nicht das zählt, was einer will und warum, sondern allein das Kalkül, *wie* es erreicht werden soll – oder eben auf das Gewollte zu verzichten, wenn es zuviel kostet oder wenn der zunächst angenommene Nutzen bei näherer Betrachtung den Aufwand nicht mehr rechtfertigt.

So wichtig das Geld in Friedmans Überlegungen ist, gönnt er dem Geld als solchem keine großen Gedanken. Die Keynes so wichtige soziale und psychologische Funktion des Geldes verschwindet im Off. Auch Keynes' Idee, dass der Multiplikatoreffekt öffentlicher Investitionen die Nachfrage treibt, wird schlichtweg ignoriert. Friedman arbeitet sich polemisch an der Phillips-Kurve mit ihrer Alternative von Preisstabilität und Arbeitslosigkeit ab (siehe oben, Abschn. 2.2.3). Dass Phillips diese Alternative überhaupt aufbaut, unterstreicht für Friedman

nur, wie wenig die Keynesianer auf das Ideal des ökonomischen Gleichgewichts geben. Nominale Löhne und Gehälter verfälschen den Wertverlust des Einkommens optisch durch steigende Preise. Wenn sich die Lohnentwicklung am realen Einkommenszuwachs orientiert, wird die Alternative „Inflation oder Arbeitslosigkeit“ gegenstandslos. Arbeitslosigkeit über das „natürliche“ Maß hinaus lässt sich also allein durch die Orientierung an den Realeinkommen vermeiden (Friedman 1977, S. 29–31). Für die „richtige“ Kalkulation der Geldmenge zählt die reale Preissteigerung der Vorjahre. Deshalb bedarf es eigentlich nicht einmal einer Notenbank. Als staatliche Institution, deren Personal in einem politischen Prozess bestellt wird, gerät sie allzu leicht in Versuchung, nach politischem Kalkül zu entscheiden. Allein Daten sollen entscheiden. Perfekt wäre ein Computer, der so programmiert ist, dass er je nach Datenlage das Geldventil aufdreht oder drosselt.

Am Anfang der 1980er Jahre ließ sich die US-Notenbank auf die Friedman'sche Geldmengensteuerung ein. Das Experiment wurde wieder aufgegeben. Zu viele intervenierende Ereignisse kamen ins Spiel. Die US-Notenbank kehrte zur klassischen Leitzins- und Offen-Markt-Politik nach aktueller Wirtschaftswetterlage zurück. Der politisch-publizistischen Wirkung Friedmans tat dieser Flop keinerlei Abbruch. Sein großes Thema, einem Kritiker zufolge „Friedman's folly“ (Madrick 2014, S. 79), fand weiterhin Resonanz: die Vernunftwidrigkeit des historisch gewachsenen Interventions- und Sozialstaates des 20. Jahrhunderts.

Friedman war ein höchst begabter Ideenverkäufer. In der wirtschaftsliberalen Grundstimmung der US-amerikanischen Gesellschaft traf er den richtigen Ton. Das mit seiner Frau Rose verfasste Buch „Freedom to Choose“ ist ein Plädoyer für die vom Staat unbehelligte Freiheit, mit seinem Geld machen zu dürfen, was man will. Die Friedmans verfassten es im Stil der Federalist Papers, einer Standardkost der politischen Bildung (Friedman und Friedman 1990). Sie beriefen sich auf das Zeugnis Verfassungsheiliger wie Hamilton und Madison: Die Ideale der Gründerväter finden im freien Markt ihre Erfüllung. Leider werden sie von Regierungsbürokraten und Sozialpolitikern seit Jahrzehnten mit Füßen getreten.

Kommen wir noch einmal auf das Kredo des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zurück. Auch Keynes war der Auffassung, es gelte ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage anzustreben. Nur glaubte er nicht daran, dass dieses Gleichgewicht lange hält (Madrick 2014, S. 55). Über Kurz oder Lang geraten Angebot und Nachfrage wieder aus dem Lot. Friedman hingegen – und mit ihm die Neoliberalen – glauben, dass ein dauerhaftes Gleichgewicht durchaus erreichbar ist, wenn der Markt nur sich selbst überlassen bleibt und sich eine politisch blinde Instanz um den Geldwert kümmert.

Die wenigsten Wirtschaftstheoretiker dürften an der missionarischen Attitüde Friedmans Gefallen gefunden haben. Doch die Grundidee des stets aufs Neue ins

Gleichgewicht findenden Marktes ist weithin fachlicher Konsens. Für den Beobachter, der diese Sicht auf die Welt nicht teilt, stellt sich die Frage, was dieses Modell überhaupt taugt, wenn allzu viele Phänomene der unschönen ökonomischen Wirklichkeit ausgeblendet werden.

Dazu eine Auswahl:

1. Sparer, die ihre Konten als Mittel zur Wertaufbewahrung führen, verhalten sich demnach ökonomisch unvernünftig. Sie horten das Ersparte auf gering verzinsten Konten statt Aktien zu kaufen oder ihr Geld in Renten- oder Vermögensfonds oder in Schatzbriefen anzulegen. Der Sparer als ein Homo oeconomicus wäre besser beraten, sich wie ein Kleinkapitalist zu verhalten und sein Vermögen als Risikokapital einzusetzen. Der Notgroschen und die Rücklage für Krankheit und Alter, für Kleinsparer wichtige Teile der Lebensplanung, sind gleichwohl Realität.

Die Einkommensverteilung selbst kann nicht falsch sein. Wenn sie den idealen Schnittpunkt von Angebot und Nachfrage, also einen stabilen Preis generiert, ist sie schon legitim. Wenn sinkende Nachfrage den Preis nach unten zieht, ist es an der Zeit, den uneinsichtigen Sparer durch die drastische Senkung der Zinsen auf sein Sparvermögen zur Vernunft zu bringen, oder aber die Werbetrommel zu rühren, um risikoscheue Zeitgenossen mit grandiosen Renditeversprechen aus der altmodischen Kleinsparerecke zu locken. Die Vorsorge für das Alter und die Wechselfälle des Lebens machen sich besser in der Kapitaldeckung privater Renten- und Gesundheitsfonds. Die Regierung soll sich ja eigentlich aus dem Wirtschaftsgeschehen heraushalten. Aber wenn sie hier nachhilft, etwa mit neuen Rentenberechnungsformeln oder mit der Steuerbefreiung für private Altersrücklagen, hat der „Markt“ nichts dagegen: ganz im Gegenteil!

2. Der Investor dieser Tage, der nicht in Anlagen investiert, um die Produktion zu verbessern, oder der darauf verzichtet, Geld in Forschung und Entwicklung zu stecken, hat im Marktmodell eigentlich nichts zu suchen. Der Finanzmarktinvestor, leider eine höchst reale Figur, hantiert mit Geld allein in der Absicht, sein Vermögen ohne die Investition in Sachwerte zu mehren. An Unternehmen interessiert ihn allein der Börsenwert. Er schafft keine materiellen Werte, keine Arbeitsplätze und kein Wachstum, das sich in greifbaren Leistungen und Produkten niederschlägt.
3. Im Staatshaushalt wird viel Geld für öffentliche Investitionen ausgegeben, für Amtsgebäude, Schulen, Straßen, Wasserwege, Sicherheit und Forschungsinstitute. Liberale Ökonomen halten Staatsausgaben – mit einigen Ausnahmen – schon als solche für schädlich. Der Schaden ist noch größer, wenn Mehrausgaben am Kapitalmarkt finanziert werden. Die Regierung konkurriert dann

mit privaten Investoren um Kapital. Viele Aufgaben, die von staatlichen oder öffentlichen Diensten besorgt werden, vom Krankenhaus bis zum hin Hafen, lassen sich ebenso gut von privaten Anbietern leisten. Die Regierung arbeitet mit dem Geld der Steuerzahler. Sie gibt großzügiger aus, als es sich ein Unternehmer leisten könnte. Unternehmer wollen einen Gewinn erwirtschaften und blicken auf Effizienz und Sparsamkeit. Auch die Aufsichtsfunktion der Regierung ist suspekt. Aufsicht bedeutet Regulierung, und Regulierung (z. B. Sicherheitsbestimmungen, Umweltauflagen, Verbraucherschutz) engt die Gestaltungsfreiheit der Regulierten ein und verhagelt ihnen den Gewinn. Wie man es auch dreht, die Regierung ist ein Störfaktor. In der Modellwelt des Marktes hat sie einfach keinen Platz.

Robert Reich erinnert daran, dass kein Markt ohne staatlich gesetzte Regeln funktioniert. Das Mantra der „Deregulierung“, welches die Abschaffung von Regeln suggeriert, setzt tatsächlich neue Regeln in die Welt, die den Freiraum einiger Wirtschaftsakteure erweitern. Demzufolge wäre „Re-Regulierung“ der ehrlichere Begriff (Reich 2016, S. 28). Neben der förmlichen Revision der Spielregeln gibt es noch die „weiche“, um nichts weniger effektive Masche, existierende Regeln einfach stehen zu lassen, die Etats der zuständigen Aufsichtsbehörden aber zusammenzustreichen, sodass z. B. weniger Steuerprüfer und Schadstoffkontrolleure unterwegs sind.

4. Dem Marktmodell zufolge sinkt das Lohnniveau mit steigender Arbeitslosigkeit, und weniger Beschäftigung bremst den Preisanstieg. Es fehlt aber nicht an Beispielen, dass sich das Lohnniveau im Großen und Ganzen auch bei hoher Arbeitslosigkeit hält und auch die Preise noch steigen. Gut verdienende Firmen bezahlen ihre Mitarbeiter anständig, um das knappe Gut qualifizierter Arbeiter und Angestellter nicht an die besser bezahlende Konkurrenz zu verlieren. Gering Qualifizierte werden eher geopfert, zumal sich einfache Tätigkeiten zunehmend durch Automaten bzw. Roboter ersetzen lassen. Weder die Ökonomiepäpste und leider auch nicht allzu viele Wirtschaftspolitiker haben diese Beschäftigten überhaupt auf dem Schirm. Unternehmen mit großer Marktmacht können es sich leisten, die Preise ungeachtet der tatsächlichen Nachfrage anzuheben, solange sich die großen Anbieter im selben Produktsegment darin einig sind, mitzumachen.

Das Standardmodell des Marktes verfehlt beide Phänomene: Die Spaltung des Arbeitsmarktes in hoch und gering Qualifizierte sowie die Realität weniger großer Unternehmen, welche die Märkte unter sich aufteilen und die Souveränität des Konsumenten Lügen strafte. Beides, das Abhängen des Niedriglohnsektors und das Oligopol weniger Anbieter sind Ergebnisse des Marktgeschehens und

lassen sich als solche logischerweise vom Markt selbst nicht korrigieren. Folglich ist die Politik gefordert, Missstände zu bekämpfen, für die der ökonomische Begriffsapparat überhaupt keine Worte hat: Ungerechtigkeit. Für den Niedriglohnsektor bieten sich Mindestlöhne und Qualifizierung an, für überschießende Marktmacht Wettbewerbskontrolle und wirksame Sanktionen, also die als Teufelszeug verschriene Regulierung.

Die wirtschaftsideologische Wasserscheide verläuft am Arbeitsmarkt und generell am Wert der Lohnarbeit. Nachfragetheoretiker, letztlich Keynes und Gleichgesinnte, setzen die Arbeit im Wirtschaftsgeschehen zentral, mögen sie auch das Eigeninteresse des Investors als Hebel benutzen, um für Arbeit und damit für die Haupterwerbsquelle aller Menschen zu sorgen, die keine einträgliche selbstständige Existenz führen oder große Vermögen geerbt haben. Arbeit ist für die Neoliberalen ein Kosten-, ja eigentlich ein Störfaktor, der Ertrag und Gewinn drückt. Beide Richtungen der Wirtschaftstheorie nehmen Partei, die Erstere hält es mit Arbeit, d. h. der Voraussetzung für Subsistenz und Wohlstand, die Letztere mit dem Kapital, d. h. mit Früchten, die weit oben am Wirtschaftsbaum wachsen.

2.2.4 Der Ordoliberalismus: Regeln und Freiheit

Der neoliberalen Orthodoxie zufolge braucht der ökonomische Prozess keine von außen auferlegten Regeln. Der Markt produziert seine Regeln fortwährend selbst. Legitim sind sie – sauber tautologisch – allemal, weil sie ja ein Ergebnis des Marktes sind. Allein Regeln, die nach Rasse, Herkunft und Religion diskriminieren, sind, wie sogar Friedman betont, abzulehnen. Wirtschaftliche Ungleichheit hingegen ist von der Natur gegeben. Allein als starke Hand wird die Regierung gebraucht, um ggf. die Einhaltung der Verträge zu erzwingen sowie die Sicherheit der Person und des Wirtschaftsverkehrs zu gewährleisten.

Der Ordoliberalismus stimmt auf weiteren Strecken mit der neoliberalen Ideologie überein. Er weist Staat und Regierung aber eine positive Rolle zu. Die mit dem Namen Walter Eucken (1891–1950) verbundene so genannte „Freiburger Schule“ bildete sich in den 1930er und 1940er Jahren. Sie kommuniziert ihre Ideen in dem seit 1948 erscheinenden Jahrbuch „Ordo.“ Wirkung erzielte der Ordoliberalismus hauptsächlich in Deutschland. Wirtschaftsfreiheit und Markt stehen bei Eucken, der als Begründer dieser Schule gilt, im Mittelpunkt (Eucken 2004, S. 43–55, 291–299, 334–337). Ein wichtiger Anstoß für diese Richtung, die sich in den vom Dritten Reich weniger beachteten akademischen Nischen entfaltete, war der wilde Kapitalismus im Deutschland der 1920er Jahre. In den IG

Farben bildeten die Chemieriesen ein Kartell, und die Flicks und Stinnes stampften scheinbar aus dem Nichts neue Industrieimperien aus dem Boden. Sie traten neben die Industriekomplexe der Krupps und Thyssens, die noch in der „guten alten“ Zeit groß geworden waren. Daneben hatten auch mittelständische Betriebe noch Platz. Für sie wurde die Luft nach dem Ersten Weltkrieg und insbesondere in der Weltwirtschaftskrise dünner.

Nach Ansicht der Ordoliberalen ist das Ersticken des Wettbewerbs das wirtschaftliche Übel der Zeit (Ptak 2015, 2016). Den regellosen Markt lehnen sie ebenso ab wie einen Staat, der in den Markt hineinregiert. Doch der Staat hat die legitime Aufgabe, Regeln für den Wettbewerb aufzustellen. Die Erzwingung dieser Regeln soll verhindern, dass sich die Starken ob ihrer Stärke und die Listenreichen ob ihrer Tricks und Täuschungen durchsetzen (Kromphardt 2015, S. 222–226). Wie das politische System beschaffen ist, das sich dieser Aufgabe annimmt, interessiert nicht weiter. Von Demokratie halten die Gründer der Freiburger Schule eher wenig, bedeutet sie doch Parteienherrschaft, und die Parteien gelten ihnen als Vehikel für die Einflussnahme der Interessengruppen. Die frühen Ordoliberalen waren Kinder ihrer Zeit und politisch eher vom Zuschnitt der konservativen Republikskritiker der Weimarer Epoche, teils auch der frühen Bundesrepublik geprägt: Der Staat ist zu wichtig, um ihn Partikularinteressen auszuliefern.

Der Unterschied zum liberalen Modell der Angelsachsen liegt in der Ablehnung eines ökonomischen Darwinismus. Der Wettbewerb muss beobachtet und unlautere Wettbewerbspraktiken müssen sanktioniert werden. Nimmt der Staat diese Aufgabe ernst, hält er sich im Übrigen aber fern vom Wirtschaftsgeschehen, wird eigentlich auch Sozialpolitik überflüssig (Nass und Müller 2013, S. 168–170). Der Wettbewerb erzeugt Wohlfahrt für alle. Regeltreues Wirtschaften nützt dem Verbraucher, das Wettbewerbsmoment fördert die Innovation.

Sieht man von der Idee der staatlich gesetzten Wettbewerbsverfassung ab, ist hier viel Übereinstimmung mit den angelsächsischen Marktadvokaten zu konstatieren (Kolev 2013; Wohlgemut 2013). Einige Autoren ordnen die Freiburger Schule inzwischen dem breiten Strom des Neoliberalismus zu (etwa Willke 2003, S. 86–89).

Nicht alle Ordoliberalen trauen dem Wettbewerb die Lösung der Gerechtigkeits- und Verteilungsprobleme zu. Was der Markt nicht richten kann, wird für Alfred Müller-Armack (1901–1978) und Wilhelm Röpke (1899–1966) zur Aufgabe der Politik. Sozialpolitik, Wettbewerb und Marktwirtschaft sind keine Gegensätze, sondern ergänzen einander (Müller-Armack 1990, S. 103–107, 116–121). Grundgedanke dieser „Dissidenten“ ist die staatliche Hilfe, aber auch die Hilfe zur Selbsthilfe für alle, die sonst unter die Räder kommen (Röpke 2009, S. 233–246). Das Gleiche besagt die Leitidee der Subsidiarität, eine tragende Säule der Katholischen Soziallehre (Nass und Müller 2013).

Aus der Verbindung von regelgebundenem Wettbewerb und sozialpflichtiger Staatstätigkeit erwuchs das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Die deutschen Unionsparteien machten sich das Motto mit historisch großem Erfolg zu eigen. Ein mit den Niederungen des sozialen Alltags vertrauter Katholik und Kommunalpolitiker der Weimarer Zeit, Konrad Adenauer, machte als Bundeskanzler daraus eine politische Erfolgsformel. Die Sozialdemokratie schloss mit ihrem Godesberger Programm zu ähnlicher Programmatik auf.

2.3 Der politische Gehalt des liberalen Wirtschaftsmodells

2.3.1 Die Konstruktion der ökonomischen Wirklichkeit

Die Wirtschaftswissenschaft teilt sich gern in Exaktheit suggerierender und mathematisierender Sprache mit. Dessen ungeachtet hat sie ein Problem, das die Naturwissenschaften nicht kennen, die sich derselben Sprache bedienen. Auch dort gibt es Schulen, Kontroversen und konkurrierende Erklärungsmuster. Dort aber hat man es mit Materialien zu tun, die sich durch messbare Eigenschaften auszeichnen. Gegenstand der Ökonomie ist menschliches Handeln. Der Mensch ist komplex; er verhält sich mal rational, dann wieder emotional. Es gibt den Egoisten, auch der Altruist kommt vor. Es gibt kalte, auf ihren Vorteil bedachte Persönlichkeiten, ebenso Zeitgenossen, die sich durch Empathie auszeichnen. Auch Herkunft, Milieu, Klassenzugehörigkeit und last but not least kulturelle Prägung fließen in die Persönlichkeit ein.

Psychologie, Soziologie und Kulturanthropologie bildeten sich etwa zur gleichen Zeit wie die akademische Ökonomie als Fachwissenschaften heraus – ganz am Rande und mit großer Verspätung auch die Politikwissenschaft (Barker 2005). Obgleich sich Teile der Soziologie und Psychologie schon vor geraumer Zeit als quantifizierende, exakte Disziplinen neu zu erfinden versucht haben, ist ihr Kerngeschäft doch die auf Tatsachen gestützte Interpretation. Interpretiert wird mit dem Blick auf Plausibilität und das Urteil der Fachwelt. Thomas Kuhn nennt solche Interpretationsstandards Paradigmen. Selbst in der Naturwissenschaft, so Kuhn mit Blick auf die Physik, verliert ein Paradigma unter Umständen seine Wirkung, wenn sich ein neuer Deutungsrahmen durchsetzt, der als gesichert geltende Erkenntnisse mit Erkenntnisgewinn in ein neues Licht rückt (Kuhn 1976).

Der Deutungsrahmen der Ökonomie wird an den Wirtschaftsfakultäten seit Langem politik- und historienfrei vermittelt (SZ 10.11.2016, S. 17). Die Volkswirtschaftslehre wird gleichsam nach dem „Stand der Technik“ gelehrt, und diese kreist, wie oben beschrieben, um das Marktgleichgewicht und das rationale

Entscheiden. Diese Tatsache entfaltet allein dadurch politische Wirkung, dass sich die meisten Mittler an den Universitäten an diesen Standard halten – mit der Folge, dass ganze Generationen von Wirtschaftsstudenten gar nichts anderes kennen lernen. Und das heißt in Anbetracht der „neuen Normalität des Neoliberalismus“: Allzweckethik und ökonomische Logik für alle Lebensbereiche, um allenthalben Gewinnchancen zu erkennen und insoweit den Staat entbehrlich zu machen (Schram 2015, S. 25)!

Der Wirtschaftstheoretiker kann sich Vereinfachungen leisten. Doch aus der Realität lassen sich die von den Neoliberalen vernachlässigten Variablen nicht vertreiben. Sie sind da, und für das Treiben derjenigen Ökonomen, die sich der empirischen Wirtschaftsforschung – „dirty economics“ (Madrick 2014, S. 21) – verschreiben, haben sie die segensreiche Wirkung, dass ihr Treiben auch von der Politik ernst genommen wird.

Für den Mainstream ist das Gleichgewicht die Beste aller Welten, das Modell einer perfekten Gesellschaft. Zwar wollen nicht alle dasselbe, aber doch jede und jeder verfolgt ihre oder seine Präferenz im gleichen Modus, vollständig informiert und leidenschaftsfrei (Rüstow 2001, S. 211). Für die Verständigung genügt die Preisinformation. Man muss nichts von Ökonomie oder Mathematik verstehen, um darin eine wissenschaftlich verbrämte Illusion zu erkennen.

Schon die flüchtige Beobachtung zeigt, dass politische Krisen, nicht zuletzt auch die irrationale Gier nach Geld und Gewinn, ferner globalisierungskritische Bewegungen und selbst Turbulenzen in fernen Weltgegenden Ökonomien aus dem Gleichgewicht bringen. Vor diesem Hintergrund entpuppen sich superschlanke Theorien, mögen sie auch formale Eleganz ausstrahlen, als intellektuelle Spielerei.

Was heißt dies für Staat und Politik? In der Blütezeit der Neoklassik ließ die Botschaft an die Politik nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: Die Regierung hat sich aus der Wirtschaft herauszuhalten, Punkt. Kommt es zu Verwerfungen, tut sie am besten daran, so lange zu warten, bis sich die Dinge von selbst wieder einrenken. Dass es so kommen muss, steht außer Frage. Das Problem ist nur, wie es Keynes formuliert hat, dass wir auf lange Sicht eben alle tot sind! Historische Gestalten wie Heinrich Brüning, Herbert Hoover und Stanley Baldwin verhielten sich nach dem Great Crash von 1929/1931 ganz im Sinne der neoklassischen Theorie – mit öffentlichen Litaneien für Geduld, Geduld und noch einmal Geduld und mit dem Warten auf den Lichtschimmer am Horizont. Die arbeitslosen Massen, in denen etliche bereits am Hungertuch nagten, hatten keine Geduld. Sie gingen auf die Straße, und viele liefen in ihrer Verzweiflung nationalistischen und völkischen Heilsversprechern hinterher. Die Ergebnisse sind bekannt: Teil zwei

der Jahrhundertkatastrophe der Weltkriege. In den 1930er Jahren wurde die Zeit reif für ein Umdenken. Es trug erst auf den Trümmerfeldern des letzten Weltkriegs Früchte.

2.3.2 Ideologie

Wer durch die ökonomischen Periodika blättert, gewinnt leicht den Eindruck, dass sich darin Anhänger eines okkulten Zirkels austauschen. Die Eingeweihten wissen Bescheid. Doch schon Ökonomen, die Phänomene der Realwirtschaft analysieren, dürften damit wenig anfangen können. Der Grund ist einfach: Sie arbeiten sich von Daten, Fakten und Hypothesen zu vorsichtigen Verallgemeinerungen vor. Die Theorie hat demgegenüber die liberale Modellwelt vor Augen. Das wäre an sich kein Problem. Was heute in der Politikwissenschaft als moderne politische Theorie gehandelt wird, ist so hochgestochen philosophisch, dass sich auch hier die Frage stellt, was diese Theorie mit dem Treiben einer Politikwissenschaft verbindet, die sich mit den Facetten der platten politischen Wirklichkeit auseinandersetzt (Hartmann 2013a). Die wenigsten würden es zwar zugeben, aber die meisten nehmen diese Art von Theorie gar nicht erst zur Kenntnis und wenn doch, quittieren sie es mit Achselzucken.

Die Theorie hat in der akademischen Ökonomie indes einen so großen Stellenwert, dass ihr kaum jemand, der dort Karriere machen will, seine Reverenz zu verweigern wagt. Das Eintauchen in das modellierwütige Milieu hinterlässt Spuren. Es drückt auch denen, deren *Métier* gar nicht so sehr die Wirtschaftstheorie ist, einen intellektuell eingebläuten Maßstab in die Hand, an dem die reale Wirtschaftswelt beurteilt werden kann. Schon um der mathematischen Darstellbarkeit willen, die über akademische Karrieren mit entscheidet, ist radikale Vereinfachung die erste Pflicht des theoretischen Ökonomen (Hodgson 1999).

Gabriel Almond und Stephen Genco haben in der Auseinandersetzung mit einer auf die Datenanalyse fixierten Richtung der Politikwissenschaft vor langer Zeit zwischen Wolken und Uhren unterschieden. Uhren stehen für Präzision, Messbarkeit und mechanisches Antriebsprinzip, metaphorisch also für den Gegenstandsbereich der Naturwissenschaft. Wolken hingegen versinnbildlichen soziale Tatsachen. Sie ändern ständig ihre Form, ohne dass sie ihre Erkennbarkeit als Wolken verlieren. Sie lassen sich beschreiben und aus ihrer Gestalt und Bewegung lassen sich Schlüsse ziehen. Präzise vermessen kann man sie aber nicht (Almond und Genco 1977). Ähnlich verhält es sich mit der Wirtschaftswelt. Sie ist immer da, zeigt aber heute schon ein anderes Bild als gestern und morgen wieder ein anderes.

Die Wirtschaftstheorie trifft normative Aussagen unter vorweg festgelegten Prämissen (siehe oben, Abschn. 3.2.1). Bestenfalls ihre Postulate erreichen die Realität: die Wirklichkeit möge sich den Gültigkeitsbedingungen der Theorie anpassen (Dietz 2011, S. 280–283).

Die Glasperlenspiele der Modellierer haben Folgen. Politiker vertrauen auf die Seriosität der Wissenschaft oder sie vergolden ihre vom Interesse geleiteten Absichten mit dem Nimbus wissenschaftlicher Erkenntnis (Quaas 2015, S. 162; Chari und Kehoe 2006, S. 31 f.). Veröffentlichungen, populäre Kommentare und Politikberater spannen einen Deutungsrahmen, der komplexe Zusammenhänge auf verständliche Formate bringt.

Die Laffer-Kurve sei in diesem Zusammenhang als eine propagandistische Spitzenleistung vermerkt. Sie machte großen Eindruck auf den damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan: Steuersenkungen erzielen langfristig nicht etwa geringere, sondern vielmehr steigende Steuereinnahmen. Weil die Investoren mit dem Ersparnisimpuls munter investieren und neue Arbeitsplätze schaffen, wird der Steuerverzicht von heute mit Gewissheit schon morgen und übermorgen durch die größere Zahl der Steuerzahler ausgeglichen (Franklin 2016, S. 156). Neu ist diese Idee eigentlich nicht. Schon der Baron von Münchhausen brachte sie ins Spiel, der einem leichtgläubigen Publikum weismachen wollte, er habe sich selbst in scheinbar aussichtsloser Lage am Schopf aus dem Sumpf gezogen.

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft ist für jeden Ökonomen, der damit ausgezeichnet wird, ein persönlicher Ritterschlag, darüber hinaus aber auch ein Prestigegewinn für die Wirtschaftsideologie, zu der er sich bekennt (zum Folgenden: Offer und Söderberg 2016). Die mit dem Preis verbundene Dotation ist vermutlich Peanuts im Vergleich mit Vortragshonoraren und Tantiemen aus dem Verkauf von Büchern mit der Banderole „Nobelpreisträger.“ Wird ein Autor geehrt, der sich auf die Kunst verständlichen Schreibens versteht, kommen auch üppig vergütete Namensartikel in großen Zeitungen hinzu. Die Zahl der Letzteren ist überschaubar. Außer in Ökonomenzirkeln versteht die meisten Preisträger und ihre preisgekrönten Arbeiten kein Mensch. Sie werden so schnell vergessen, wie sie kurz in den Nachrichten aufblinken.

Für die politische Wirkung der Wirtschaftswissenschaft ist der Nobelpreis gleichwohl wichtig. Er signalisiert der Öffentlichkeit, dass es sich bei der Ökonomie wohl um eine exakte Wissenschaft handelt – ein Eindruck übrigens, dem selbst etliche Ökonomen entgegentreten. Dabei ist der Ökonomiepreis überhaupt kein Preis wie diejenigen für Medizin, Chemie und Physik, sondern ein Preis „im Gedenken an Alfred Nobel.“ Die Preisträger sitzen beim Festakt sozusagen am Katzentisch. Der seit 1969 verliehene Preis ist von der schwedischen Notenbank gestiftet und dotiert. Eine sozialdemokratische Regierung, die mit dem Wirtschaftsliberalismus

nun gar nichts am Hut hatte, ließ sich von einem krachliberalen Notenbankpräsidenten zu diesem Preis überreden, um ihm seine Niederlage in einem Machtkampf um die Zinspolitik zu versüßen. Einer der ersten Preisträger, der Sozialdemokrat Gunnar Myrdal, bekannte in später Einsicht, es sei ein Fehler gewesen, den Preis überhaupt angenommen zu haben, dazu noch gemeinsam mit F. A. von Hayek, für den er nichts als Verachtung übrig hatte.

Über die Preisverleihung befinden Fachökonominnen. Zweidrittel der Preise gingen bislang an Modellbastler, die Hälfte an Ökonomen der University of Chicago – seit Jahrzehnten eine Hochburg neoliberalen Denkens. Gleichzeitig gibt es eine starke Überschneidung vieler Preisträger mit dem in der Mont Pèlerin Society versammelten Exklusivzirkel neoliberaler Ökonomen. Sie alle denken auf derselben Wellenlänge. Kaum ein Großideologe des politikfreien Marktes, der sich nicht früher oder später mit diesem politisierten Preis hat schmücken dürfen. Um nur einige der bekanntesten zu nennen: Hayek, Friedman, Becker, Stigler, Buchanan.

Gelegentlich wird eingeworfen, schließlich sei auch der – vom Stifter selbst ins Leben gerufene – Nobelpreis für Literatur eine Ehrung, die nichts mit Wissenschaftlichkeit zu tun habe. Stimmt: Doch neben zahlreichen Preisträgern, die keiner kannte und deren Bücher auch kaum jemand kaufte, gab es doch immerhin Autoren, die es verstanden, den Geist ihrer Epoche einzufangen und noch Jahrzehnte später begeisterte Leser zu finden. Die Entdeckungen der großen Chemiker, Mediziner und Physiker haben die Welt nicht schlechter gemacht. Aber die Nobelökonominnen?

Ökonomen, die sich mit konkreten Problemen befassen und deren Arbeit für die Beurteilung des gesellschaftlichen und politischen Alltags relevant ist, können vom Prestige der Theoretiker nur träumen. Aber selbst die Theoretiker kommen nicht daran vorbei, eine Reihe von Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die in keinem Modell Platz finden (Galbraith 2012c, S. 17 f.). Unverdünnte, „irrationale“ Empfindungen, Tatsachen der rauen ökonomischen Wirklichkeit, vertragen sich mit keinem Modell (Dietz 2011, S. 292). Es sei nur an die Enttäuschung erinnert, die sich einstellt, wenn der Markt trotz aller Mühen nicht das erhoffte Resultat liefert. Dann mag es sein, dass die Enttäuschten nicht einfach den Exit wählen, d. h. sich zurückziehen, sondern dass sie versuchen, das Marktergebnis durch „Voice“, Widerspruch, d. h. politisches Handeln zu korrigieren (Hirschman 1988, S. 17–31, 70–76).

Historie und Erfahrung passen nicht in die Theorie. Sie werfen methodische Probleme auf, denen mit Logik nicht beizukommen ist (Hodgson 2001, S. 6 f.). Stigler, Becker und Tullock, große Namen in der Ökonomenzunft, setzen in Fortführung der neoklassischen Tradition individuelle Präferenzen mit Geschmäckern gleich. Sie sind da, unabänderlich und drängen auf Realisierung im Genuss. Der

Inhalt der Präferenz interessiert nicht, es zählt allein die Rationalität, mit der sie angestrebt wird (Texeira 2014, S. 17). Welche Ordnung wäre auch besser als jene, in der es vernünftig zugeht (Wagner 2015, S. 17; Stigler und Becker 1977)?

Aber was ist mit denen, die ihre Vernunft darauf verwenden, die kalkulierbaren Risiken einer Straftat einzugehen? Selbst der Soziopath mit seiner gottlob nicht alltäglich anzutreffenden Präferenz verhält sich zweckrational (Asjoma 2015, S. 314). Risiko ist Risiko, ob kriminell oder legal-geschäftlich. Damit der Unterschied gewahrt bleibt, braucht es den strafenden Staat. Bei der Wirtschaftskriminalität mit Betrug und Finanzwaffen, die im DesignerOutfit begangen wird, wird es aber schwierig, überhaupt noch die Grenze zu erkennen.

Um die Anpassung der Wirklichkeit an das Marktideal mit Erfolg zu kommunizieren, bedarf es einer breit vermittelbaren Sprache, die den gesellschaftlichen Erfahrungs- und Wertekanon trifft. Deshalb avancierten Hayek und Friedman zu Prominenz (Egidi 2005).

Seit den 1960er Jahren setzt die US-amerikanische Wirtschaftswissenschaft den weltweiten Standard. Gleichzeitig wurde es chic und der Karriere förderlich, den mit Mathematik gespickten Gestus der US-Ökonomie zu übernehmen (Galbraith 2012c, S. 17 f.; Stigler und Krugman 2011, S. 311). Keynes galt nicht mehr viel, als es Mode wurde, ihm die Stagflation der 1970er Jahre in die Schuhe zu schieben. Politiker und Wirtschaftspublizisten retteten sich ans neoliberale Ufer, als sein Ansehen in den Keller ging. Berühmt ist der Ausspruch Ronald Reagans in seiner Inaugurationsrede von 1981, die Regierung biete keine Lösung der Probleme, sie selbst sei das Problem – eine Einstellung, die sich bei Ultraliberalen hartnäckig behauptet hat.

Mit dieser Entwicklung gerieten Steuern, Staatsausgaben, Regulierungen und vieles andere mehr unter steigenden Rechtfertigungsdruck. Der Markt wird mit Verbotsschildern umstellt, die der Politik den Zutritt verwehren. Letzter Schrei sind Schuldenbremsen und Schuldengrenzen. In der Kombination mit einer öffentlichen Stimmung, die von Steuern nur hören will, wenn es darum geht, sie zu senken, kommt dies dem Einfrieren einer schiefen Verteilungsordnung gleich.

Entgegen dem Eindruck, den die Neoliberalen verbreiten, ist der Staat auf dem Marktplatz immer dabei. In Keynes Wirtschaftsbild appelliert er mit der Aussicht auf Gewinn qua öffentliche Aufträge und attraktive Kredite an Investoren und Banken. Die Investoren sorgen damit als Nebeneffekt, der für sie selbst nicht groß zählt, für Beschäftigung (Kromphardt 2015, S. 222). Die Neoliberalen wiederum brauchen politisches Handeln, um öffentliche Ausgaben und Regulierung zurückzufahren – und dafür zu sorgen, dass es dabei bleibt (exemplarisch: Stigler 1982). Hätten die meisten Ökonomen die Geschichte nicht vollständig aus ihrem Wissen

getilgt, wüssten sie, dass es den Staat schon vor dem Markt gegeben und dass die Politik dem Markt auch den Weg gebahnt hat (Polanyi 1978, S. 196).

Der politikfreie Markt wird rundum verteidigt: Albert O. Hirschman nennt drei typische Defensivargumente. a) Selbst gut gemeinte Eingriffe in den Markt sind pervers und verschlimmern das vermeintliche Übel nur. Es wird sich sowieso nichts ändern. b) Am Ende kann es nicht gelingen, dem Markt etwas aufzuzwingen, das er nicht will. c) Sollte die Politik eine Korrektur erzwingen, setzt sie nur ein neues Übel in die Welt (Hirschman 1991).

So und ähnlich lassen sich auch alle Konservativen vernehmen, seitdem Edmund Burke mit der von Gott gewollten Ordnung gegen die Ideale der Französischen Revolution gewettert hat (Burke 1987).

Der vollständige Markt, so vor langer Zeit bereits der Ordoliberale Alexander Rüstow, wird wie ein von höherer Vernunft geschaffener Organismus beschworen, wie eine Schöpfung mit der Fähigkeit zur Selbstheilung. In diese Schöpfung dürfen Menschen nicht mit ihren eigenen Absichten hineinpfuschen (Rüstow 2001, S. 40).

Bei allem Abwehrgetöse der Liberalen gegen die sozialistische Staatswirtschaft geriet ihre Polemik gegen Ökonomen, die sich mit dem Gedanken des umverteilenden Sozialstaates anfreundeten, fast noch heftiger als die Attacken auf den Sozialismus. Jetzt ging es gegen Abtrünnige und Kompromissler. Sie sind genauso schlimm wie die offenen Feinde des Marktes, zersetzen sie doch die wahre Lehre von innen her. Sie unterminieren die Fundamente des liberalen Prachtbaus mit revisionistischem Denken. Hier drängt sich die Parallele mit der anderen großen Gesellschaftstheologie des Marxismus-Leninismus auf. Schlimmer als der offene Feind, als Liberale und Konservative, galten ihr Sozialdemokraten, die da vermeinten, mit demokratischem Parlamentarismus, Sozialpolitik und arbeiterparteilichem Programm noch in sozialistischen Gewässern zu segeln, während es doch darauf ankam, die Krise des Kapitalismus auf die Spitze zu treiben, um im großen Kladderadatsch die Geburt einer neuen Gesellschaft zu erleben.

Im liberalen Weltbild ist der Primat privater Güter gesetzt. Nun gibt es aber auch öffentliche Güter. Sie sind ein Ergebnis der Politik, niemand darf von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden. Ausgehend von der Absolutheit des Rechts auf Eigentum – das historisch übrigens nicht haltbar ist, da originär als Inbesitznahme entstanden (siehe auch oben, Abschn. 2.1.1) –, behauptet Kenneth Arrow, es gebe kein überzeugendes Kriterium, wonach eine Mehrheit von Individuen eine Entscheidung treffen dürfe, die gerechter wäre als der Status quo (Arrow 1951).

Übersetzen wir dieses Theorem, das die Idee der Gerechtigkeit mit der Macht der Logik abwehrt, in die platte Wirklichkeit. Eine Mehrheit will den Reichen ans Portemonnaie, um das Los der Armen zu verbessern. Ihre Motivation ist diffus:

Einige Arme sind schlicht neidisch, andere wollen die Reichen ärgern. Idealisten, denen es selbst gut geht, befinden die Lage der Armen für unwürdig. Viele Arme wollen einfach nur mehr zum Leben. Diese Mehrheit blockiert mit diffusen Motiven die Präferenz der Reichen, alles so zu lassen, wie es ist. Werden die Reichen majorisiert, wird ihnen also ein Stück ihres Reichtums genommen, mag dies den Armen nützen. Die Reichen selbst aber haben weniger als vorher. Der Akt ist somit ein flagranter Verstoß gegen das Pareto-Optimum. Den Einwand, dass den Happy few auch nach dem Steuerabzug noch genug übrig bleibt, um ein angenehmes Leben zu führen und weiterhin Geschäfte zu machen, sticht nicht. Es geht ums Prinzip: Keinem soll von dem genommen werden, was er hat! Dazu passt der geistvolle Ausspruch des ultralibertären Ökonomen Murray Rothbard: „Steuern sind Diebstahl.“ Keiner zahlt sie freiwillig und allein deshalb, weil sie mit Zwangsandrohung bewehrt sind (Rothbard 1982).

Bei diesem Denken spielt es keine Rolle, dass es realiter mehr oder weniger große Schnittmengen individueller Interessen gibt, die sich auf soziale Klassen, ethnische Minderheiten oder Religionsgemeinschaften reimen. Immerhin arbeitet die Werbung, ein gemeinhin als marktkonform geltendes Treiben, mit eben diesen Größen. Sorry, aber das ist etwas ganz anderes! Denn hinter aller Werbung steht schließlich der Inhaber einer Werbeagentur. So stimmt's dann wieder mit der Behauptung, dass es nichts von Bedeutung gibt außer dem Ego!

Verlassen wir die Ökonomie und werfen wir einen Seitenblick auf John Rawls (1921–2002), einen der bekanntesten Philosophen der letzten Jahrzehnte, um kurz zu zeigen, dass eine auf den individuellen Vorteil abzielende Sozialethik zu fast demselben Ergebnis führt. Rawls' Thema ist die Verteilungsgerechtigkeit, also eben das Phänomen, mit dem die ökonomische Theorie so gar nichts anzufangen weiß. Hinter einem fingierten Zustand, der die soziale Identität vorübergehend hinter einem Schleier des Nichtwissens verschwinden lässt, einigen sich Reiche und Arme, die jetzt nicht mehr wissen, woher sie kommen, dass ihre Freiheit künftig nur eingeschränkt werden darf, wenn dies dem Zweck dient, mindestens den Ärmsten aus seinem Elend herauszuholen. Dem Krachliberalen, der momentan vergessen hat, dass er zu den Siegern der Geschichte gehört, dürfte dieses Anliegen in seiner Herkunftswelt vollkommen fremd gewesen sein. Er wird mit diesem Postulat leben können. Schließlich ist auch diese einzige Bedingung für den Eingriff in die persönliche Freiheit ein Resultat kühler Berechnung. Der Multimilliardär weiß ja nicht, ob er wieder auf die Kommandohöhen der Wirtschaft zurückkehrt oder aber im Schlafsack unter einer Brücke aufwacht, sobald sich der Schleier des Nichtwissens hebt (Rawls 1979).

2.3.3 Öffentliche Güter und Freiheit

Für James Buchanan (1919–2013) und Gordon Tullock (1922–2014) sind öffentliche Leistungen wie Sicherheit sowie Rechts- und Vertragserzwingung legitime Public Goods. Greift die Regierung aber durch Steuern oder Vorschriften in Eigentumsrechte ein, erzeugt sie öffentliche Übel: Public Bads. Um Letzteres so schwer wie möglich zu machen, braucht es eine Verfassung mit sehr hohen Anforderungen an den Mehrheitsentscheid (Buchanan 1984; Buchanan und Tullock 1965).

Freiheit ist grundlegend ökonomische Freiheit, entfaltet sie sich doch erst, wenn die Mittel zur Verfügung stehen, um zu entscheiden, ob sie zum Sparen, zum Genießen, zur Unternehmensgründung oder für gute Zwecke verwendet werden. Die blanke politische Freiheit ist etwas für Intellektuelle, Künstler und Habenichtse. Sie leisten nichts und verachten den Genuss wirtschaftlicher Freiheit. Um den eventuellen Übermut der politischen Romantiker und der so viel zahlreicheren Leistungsschwachen zu dämpfen und Eingriffe in das Eigentum abzuwehren, ist eine gewaltenteilige Ordnung einzurichten. So lassen sich die essenziellen Freiheitsgüter mit hohen Verfassungshürden schützen.

In der freiheitsphilosophischen Verkleidung der neoliberalen Ökonomie steckt eine sozialdarwinistische Wirtschaftsordnung. Sie erlaubt es den Reichen, noch reicher zu werden, und einigen Tüchtigen, sich ihnen mit findigen und erfolgreichen Geschäftsideen hinzuzugesellen. Wie steht es aber mit der politischen Ordnung, dem Staat, dessen Unentbehrlichkeit auch die Marktradikalen nicht leugnen? Demokratie und Kapitalismus sind für Neoliberale kongenial. Damit stellt sich die Frage, wie denn eine dem Kapitalismus förderliche Demokratie auszusehen hat.

Nach von Hayek hat sich die Demokratie als Herrschaftsform bewährt, weil sie die politische Entscheidung auf Bereiche beschränkt, die das Marktgeschehen nicht stören (von Hayek 1991, S. 98). Was es dort zu regeln gibt, ist Vertragssache Einzelner. Dass auf dem Arbeitsmarkt Vertragsparteien unter höchst ungleichen Voraussetzungen kontrahieren, lässt von Hayek als Gegenargument nicht gelten. Außerhalb der Politik ist der Reiche mächtiger als der Arme. Aber was ist falsch daran? In einem System politischer Freiheit und wirtschaftlicher Ungleichheit ist der Arme immer noch freier als der Reiche in einem System, das politische Freiheiten verweigert (von Hayek 1991, S. 136). Zählt politische Freiheit also mehr als eine wirtschaftliche Freiheit, die urwüchsige Unterschiede zwischen Arm und Reich legitimiert? Was hat der Arme von seinen politischen Rechten, wenn

diese nicht dazu gebraucht werden dürfen, den Markt zu seinen Gunsten zu korrigieren? Margaret Thatcher, die einstige britische Premierministerin, brachte die Logik dieses Freiheitsverständnisses 1987 mit den Worten auf den Punkt: „There is no such thing as society. There are individual men and women, and families.“

Demokratie kann für die wirtschaftliche Freiheit zur Gefahr werden. Reiche und Arme haben jeder eine Stimme. Es gibt aber viele Arme und auch andere, die zwar nicht arm sind, aber mit dem Risiko leben, durch Jobverlust, Krankheit und andere Unwägbarkeiten aus der Mittelschicht abzusinken. Das 19. Jahrhundert und noch das frühe 20. Jahrhundert hatten dafür eine Lösung: Revolution! Die Zeit der klassenbasierten Revolutionen ist passé. Die Freiheit im Wirtschaften, die der Ungleichheit den Rücken stärkt, ist ein hohes Gut. Deshalb darf die Demokratie nur mit der Einschränkung als ein vernünftiges Entscheidungsprinzip gelten, dass sie nicht daran rührt. Der nicht ganz so marktgläubige Betrachter fragt sich allerdings, was Demokratie dann noch für Menschen wert ist, denen das Schicksal Armut und Krankheit zudiktiert und Chancen verweigert.

Mit der gleichen Stoßrichtung definiert Friedman Freiheit als den Verzicht auf Zwang. Der Staat hat allerdings sogar im Marktgeschehen einen legitimen Platz. Seine Erzwingungsmacht ist unverzichtbar, um den Markt als zwangsfreies Geschehen überhaupt zu ermöglichen (Friedman 1984, S. 36). Aha, der Markt ist also doch nicht voraussetzungsfrei! Aber zurück zu Friedman: Die Unternehmen wollen mehr verdienen, der Konkurrenz Märkte abspenstig machen, die Erfindungen anderer kopieren und damit Entwicklungskosten sparen. Sie neigen dazu, den Konsumenten zu täuschen und mit unfairen Methoden die Konkurrenz auszustechen. Am Markt ist jeder Akteur Partei. Es braucht einen Unparteiischen, der dafür sorgt, dass die Markthygiene beachtet wird. Im Marktgeschehen selbst hat er nichts zu suchen. Wer sonst, wenn kein Agent im Auftrag des Staates, sollte dies – wie im Marktbild der Ordoliberalen – leisten?

Selbst wenn sich der Staat auf die Rolle der Marktaufsicht beschränkt, bleibt immer noch die Frage, wie weit der Staat gehen darf, um seine Tätigkeit zu finanzieren, und welche Rechte er braucht, um seine Schiedsrichterrolle am Markt mit Biss zu versehen. Schließlich ist jede Steuerforderung, auch jede staatliche Anordnung zur Bekämpfung von unlauterer Konkurrenz, von Anlegertäuschung und Wucher, sind Gesundheitsvorschriften und Sicherheitsstandards Eingriffe in Eigentumsrechte, und zwar unabhängig davon, ob sie von einem demokratischen Staat oder von einer autoritär herrschenden Elite verordnet werden. Hier konzidiert Friedman ein kniffliges Problem. Es fällt ihm nicht mehr dazu ein, als dass derlei möglichst im Konsens zwischen Unternehmen und Staat entschieden werden sollte. Erklärtermaßen fand er trotz allem, was er sonst schrieb, den chilenischen

Diktator Augusto Pinochet persönlich ganz in Ordnung, der 1973 dem Spuk einer demokratisch einigermaßen legitimierten linken Regierung gewaltsam ein Ende machte und sein Land anschließend entstaatlichte, was das Zeug hielt.

Einstimmigkeit wäre eigentlich ideal, um Eingriffe in das Eigentum zu rechtfertigen. Weil sie aber nicht praktikabel ist, führt am Mehrheitsentscheid kein Weg vorbei. Damit die Mehrheit nicht gleich das Porzellan der Eigentumsordnung mit zerschlägt, muss die staatliche Willensbildung so eingerichtet sein, dass sie den Mehrheitswillen durch ein Filtersystem von Institutionen zwingt. Diese Institutionen fassen jeweils für sich einen Mehrheitsbeschluss. Am Ende mag ein gleichlautendes Endergebnis dabei herauskommen. Mit größerer Wahrscheinlichkeit werden jedoch zahlreiche Änderungen verhandelt. Eventuell gibt es aber gar keine Einigung und alles bleibt wie gehabt.

Friedman fügt hinzu, wenn es um nicht sonderlich wichtige Dinge gehe, sollten sie mit einfacher Mehrheit entschieden werden. Regt sich bei einer Minderheit jedoch starker Widerspruch, muss mit größerer Mehrheit entschieden werden. Ohne damit allzu kühn zu interpretieren, lässt sich resümieren, dass es Friedman nicht so sehr um die allgemeinen Freiheitsrechte geht, sondern vor allem um das Recht auf Eigentum – die großen Eigentümer sind nun einmal eine Minderheit! Diesen Punkt belässt Friedman im Vagen.

Die Denkschule um Buchanan und Tullock wird deutlicher. Sie konstruiert die Mehrheitsherrschaft zweiphasig. In einem Basisvertrag kommen alle Beteiligten einstimmig überein, die Grenzen ihrer Freiheit zu definieren, jenseits dieser Grenzen aber den Mehrheitswillen gelten zu lassen. Für die Neudefinition der grundlegenden Freiheiten muss wieder Einstimmigkeit verlangt werden (Buchanan und Tullock 1965).

Für von Hayek und Friedman ist Demokratie ein unvermeidbares Übel. Eine autoritäre Elite oder eine Diktatur, die den Markt als Gesellschaftsmodell verinnerlicht, könnte das Gleiche leisten. Beide trauen einem autoritären Regime aber größeres Potenzial zu, die Staatsgewalt zum Schaden des Marktes zu missbrauchen. Die Demokratie ist schon in Ordnung, wenn nur der Mehrheitswille gebändigt wird.

Der Publizist Fareed Zakaria schöpfte 2004 den Begriff der „Illiberal Democracy.“ Wie aber kann Demokratie illiberal sein? Auch für Zakaria ist Freiheit der alles überragende politische Wert. Verstöße gegen die Freiheit gewanden sich in zweierlei Weise als Demokratie: In der einen Variante als ein System, das mit Wahlen und Parteien eine Fassade der Demokratie aufbaut. Hinter dieser Fassade führen Akteure die Regie, die den Mehrheitswillen lediglich vortäuschen, die ihn offen manipulieren oder unter Berufung auf den Volkswillen Freiheiten kassieren oder einschränken.

Auch die konventionelle, „eigentliche“ Variante der Demokratie gefährdet die Freiheit, wenn Mehrheitsbeschlüsse das Leben allzu eng regulieren, beispielsweise mit komplizierten Steuergesetzen, mit Abgaben, mit Gleichstellungsvorschriften und Genehmigungsvorbehalten. Damit wird die Demokratie politikinhaltlich illiberal. Sie mischt sich in zu viele Dinge ein, die sie nichts angehen. Eine Demokratie, die in das Wirtschaftsleben übergreift, kostet Freiheit. In bestechender Einfalt formulieren jüngere Autoren die liberale Demokratie denn auch wie folgt: Die Verteilung der Eigentumsrechte nützt den Reichen, die Verteilung der politischen Rechte der Mehrheit; die Bürgerrechte nützen dem Einzelnen und schützen die Minderheiten (Mukand und Rodrick 2015, S. 2 f.). All diese Autoren sind sich darin einig, dass die Demokratie ein Accessoire des Kapitalismus ist.

Politik und Ökonomie

Betrachtung eines schwierigen Verhältnisses in Theorie
und Wirklichkeit

Hartmann, J.

2018, XIII, 244 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-18811-5